

# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

- **Aktuell**  
Atomkatastrophe in Japan
- **Demografie**  
Regierungserklärung  
des Ministerpräsidenten
- **Schuldenbremse**  
Aufnahme  
in die Landesverfassung
- **Debatte**  
Nationaler Gedenktag  
für Vertriebene
- **International**  
Israel-Reise  
des Ältestenrates
- **Wortgefechte**  
Landesfinale  
Jugend debattiert



13. April  
3 / 2011

## Seite 3

**Spezial**

Landesfinale  
Jugend debattiert

## Seiten 4 – 5

**Aus dem Plenum****Aktuelle Stunde:**

Katastrophe in Japan –  
Schlussfolgerungen für M-V

## Seiten 6 – 14

**Weitere Themen:**

Regierungserklärung des  
Ministerpräsidenten  
Novellierung Kommunalverfassung  
Schuldenbremse in die Landesver-  
fassung  
Lehrerbildungsgesetz  
Mittelstandsförderungsgesetz  
Vergabegesetz  
Weitere Beschlüsse

## Seiten 15 – 21

**Auszüge aus der Debatte:**

Nationaler Gedenktag  
für Vertriebene

## Seiten 22 – 23

**Aus den Ausschüssen**

Gemeinsame Beratung der  
Rechtsausschüsse von M-V und S-H  
AG-Sitzung „Integrierte maritime  
Politik“  
Informationsreise nach Brüssel

## Seiten 24 – 25

**International**

Israel-Reise des Ältestenrates

## Seite 26

**Panorama**

## Seite 27

**Schlossgeschichten**

## Seite 24

**Chronik**

Titelfoto (Uwe Sinnecker)  
Südturm des Schweriner Schlosses

**Impressum**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen  
haben wir bei der Bezeichnung von Menschen-  
gruppen manchmal nur die männliche Form  
verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche  
Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht in jedem Fall die Meinung des Herausge-  
bers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-  
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schrift-  
licher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos  
bezogen werden. Bestellungen sind an den  
Herausgeber zu richten.

# Was geht uns (Kunst-) Geschichte an?



Iris Leithold berichtet seit 1998 für die Deutsche  
Presse-Agentur (dpa) aus Schwerin.

■ *Man bekommt Geschichte nicht los. Kürzlich hat uns eingeholt, was 65 Jahre zurück liegt und mancher wohl auch gern dort liegen lassen würde. Die Rede ist von der Enteignung der mecklenburgischen Herzogsfamilie nach dem Zweiten Weltkrieg. Die dem letzten Großherzog Friedrich Franz IV. gebliebenen Schlösser wurden der Familie samt Inventar entschädigungslos entzogen, die Familienmitglieder flohen in den Westen. Die Sache ist rechtsstaatlich aufgearbeitet. Die Erben bekamen 412 Gegenstände des beweglichen Inventars vom Landesamt für offene Vermögensfragen zurückübertragen. 152 davon wurden schon bald übergeben, 260 blieben vorerst in den Museen des Landes. Bis 2014 währt das zugestandene Nießbrauchsrecht. Dann müssen auch diese Gegenstände der Familie zurückgegeben werden, es sei denn, das Land erwirbt sie. Die Modalitäten des Ankaufs schienen geklärt. Die Familie forderte einen Teil der Kaufsumme in Form von Wald, die Landesregierung akzeptierte. Die über Jahre ausgehandelten Verträge standen kurz vor der Unterschriftsreife. Dann, Ende März, wechselte das Signal auf „Stopp“. Die Debatte ist hoffentlich nicht weit über die Landesgrenzen hinaus gedungen. Was da zu hören war: Wertvoller Landeswald könne doch nicht gegen (minder wertvolle?) Kunst eingetauscht werden, äußerte der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Nieszery. Und wenn Gutachter der Meinung seien, dass die Kunstwerke eine zentrale Rolle für unser kulturhistorisches Erbe spielen, dann müsse das eben irgendwie anders finanziert werden. Von „Verschleudern“ des Landeswaldes sprach gar der Vorsitzende der Linksfraktion, Helmut Holter. Die Landesregierung hat reagiert – und die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben.*

*Das tut weh. 2014 ist nicht weit.*

*Schwer wiegt vor allem das mangelnde Interesse an Kunst und Landesgeschichte, das in den Äußerungen mitschwingt. Irgendwelche Gutachter mit ihrer Meinung. Man kann nur hoffen, dass die UNESCO-Experten das nicht lesen. Warum wollen die in Schwerin eigentlich ihr*

*Schloss und ihre Residenzstadt auf der Welterbeliste sehen, müssten sie sich fragen.*

*Die Kunstwerke, die es für Mecklenburg-Vorpommern zu sichern gilt, sind nicht nur kostbar, weil Gutachter ihnen einen am Markt erzielbaren Gesamtwert von knapp acht Millionen Euro zusprechen. Sie sind auch deshalb kostbar, weil sie an den Orten stehen, für die sie angeschafft wurden, weil sie Geschichten erzählen können über die Vergangenheit dieses Landes, weil sie sicht- und erlebbare Zeugnisse einer Zeit sind, die wir im besten Fall aus Büchern kennen, im schlechteren Fall aus kitschigen oder ideologiebeladenen Filmen zu kennen glauben. Weil sie zeigen, dass das historische Mecklenburg mehr war als ein angeblich dumpfes, rückständiges Agrarland. Ein Land, auf dessen Geschichte man eine positive Identität aufbauen kann.*

*Es muss daran erinnert werden: Die Familie von Donata zu Mecklenburg von Solodkoff ist nicht verpflichtet, dem Land ihre restituierten Kunstwerke zu überlassen. Sie kann sie auch bei Sotheby's oder Christie's versteigern lassen. Solvente Kunstkennner aus aller Welt würden die Familienporträts, Möbel, Standuhren erwerben, sie würden in alle Winde verstreut. Oder könnten bei Frau Donata im Salon stehen, der keine regelmäßigen Öffnungszeiten hat.*

*Zum Beispiel das wunderschöne lebensgroße Porträt der englischen Königin Charlotte aus der Werkstatt des englischen Meistersmalers Gainsborough, derzeit noch im Staatlichen Museum in Schwerin. Es handelt sich dabei bekanntlich um eine Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz; ihre Hochzeit mit König Georg III. im Jahr 1761 wird auch hierzulande gefeiert. Warum eigentlich, muss man sich angesichts mancher Wortmeldung in der Adels-Kunst-Debatte fragen. Gehörte doch auch sie zu denen, „deren Reichtum auf der Jahrhunderte langen harten Arbeit des Volkes“ (Nieszery) beruhte. Ist es lediglich, weil so eine Königin ein bisschen Glanz bringt und für den Tourismus nutzbar ist? Das ist nicht mehr als eine Disney-Kulisse.*

**Iris Leithold**

# Auf den Punkt gebracht

Im Landesfinale von „Jugend debattiert“ wurden die Sieger gekürt

■ Die Redner im Plenarsaal des Landtages bringen das Thema auf den Punkt. Sie überzeugen mit Fakten, hören auf die Argumente der „Gegner“ und gehen sachlich darauf ein. Es macht Spaß, ihnen zuzuhören. Am 25. März widerlegten rund 150 Schüler aus allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns ein gängiges Vorurteil: **Junge Leute würden sich nicht für Politik interessieren! An diesem Tag – einem späten Freitagnachmittag – wurde das Landesfinale im Rhetorik-Wettbewerb „Jugend debattiert“ im Plenarsaal des Schweriner Schlosses ausgetragen.**

Und auch erfahrene Debattanten wie die Landtagsabgeordneten Dr. Marianne Linke (DIE LINKE) und Matthias Manthei (CDU) zollten dem Nachwuchs Respekt. „Was die Regeln angeht, da können auch wir noch was lernen“, gestand der christdemokratische Parlamentarier ein. In einer 24-minütigen Debatte, in der jeweils zwei „Paare“ gegeneinander antreten, sind sowohl ungestörte Redezeiten als auch freie Rede vorgesehen. Den anderen ausreden lassen, zuhören und schlagkräftige Argumente finden, um die eigene Meinung zu untermauern – das gehört zum guten Ton. Als Preise winken für die Sieger mehrtägige Seminare mit professionellen Trainern und die Teilnahme an der Bundesqualifikation am 2. Juni in Berlin.

Im Finale der Sekundarstufe I (Klassenstufen 8 – 10) bewiesen vier Mädchen, dass sie die Kultur des gepflegten Meinungstreits beherrschen. Ihr Thema, für das es je eine Pro- und eine Contra-Seite gab, lautete: „Sollen bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern Jugendliche ab 16 Jahre wählen dürfen?“ Am Ende siegte, ausgewählt von einer sachkundigen Jury, die 15-jährige Maxi Heller vom Albert-Einstein-Gymnasium Neu-



Foto: Anke Prinzler

Die Siegerinnen der Sekundarstufe I: v.l. Maxi Heller (Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg), Anetta Krizki (Elbe-Gymnasium Boizenburg), Lea Kaltenstein (Eldenburg-Gymnasium Lübz). Links der Landeskoordinator des Wettbewerbs Heiko Schön, rechts Ansgar Kemmann, Projektleiter Jugend debattiert. Auf dem Foto der Siegerinnen der Sekundarstufe I fehlt Anna Basina (Gymnasium Fridericianum Schwerin).

brandenburg vor der ein Jahr älteren Anetta Krizki vom Boizenburger Elbe-Gymnasium.

Das Wortgefecht der Sekundarstufe II (Klassen 11 bis 13) entschied Ludwig Küster (19 Jahre) vom Innerstädtischen Gymnasium Rostock für sich. Ihm folgte Christoph Szeska (18) vom Gymnasium am Tannenberg in Grevesmühlen auf Platz 2. Sie debattierten mit zwei weiteren Mitstreitern folgende Frage: „Soll zu Großprojekten wie Stuttgart 21 ein Volksentscheid stattfinden?“

In Mecklenburg-Vorpommern haben sich die Finalisten dieses Schuljahres gegen insgesamt etwa 3.300 Altersgefährten durchgesetzt. 130 Lehrer im ganzen Land bereiteten die Schüler auf diesen Rhetorik-Wettkampf vor – an insgesamt rund 30 Regionalen Schulen, Gesamt- und Berufsschulen sowie Gymnasien zwischen Elbe und Stettiner Haff. Sie alle befanden sich in guter Gesellschaft. Bundesweit nehmen alljährlich mehr als 100.000 Schüler an dem Wettbewerb teil, rund 4.800 Lehrer stehen ihnen dabei zur Seite.

In diesem Jahr feiert „Jugend debattiert“ zehnjähriges Jubiläum. 2001 wurde diese Form des Meinungstreits erstmals an 30 Schulen in Frankfurt am Main erprobt. Noch im gleichen Jahr hat der damalige Bundespräsident Johannes Rau den

Wettbewerb auf bundesweiter Ebene initiiert und die Schirmherrschaft übernommen. Heute ist „Jugend debattiert“ das größte privat-öffentlich finanzierte Projekt zur sprachlichen und politischen Bildung in der gesamten Bundesrepublik. Schirmherr von Jugend debattiert ist Bundespräsident Christian Wulff.

## Jugend debattiert

ist ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und den Kultusministerien der Länder. Die Debatten des Landesfinals finden seit Jahren in den Räumen des Landtages statt.

„Den Plenarsaal stellen wir für dieses Finale gern zur Verfügung – schließlich ist das Plenum des Parlaments das Forum der demokratischen politischen Debatte! Damit will der Landtag auch unterstreichen, wie wichtig gerade der Wettbewerb ‚Jugend debattiert‘ ist: Demokratie lebt vom kulturvollen Meinungstreit, vom Ringen um Mehrheiten und insbesondere vom Mitmachen!“

Sylvia Bretschneider  
Präsidentin des Landtages

# Zukunftsenergiepakt gefordert

Landtag gedenkt der Katastrophen-Opfer in Japan

■ Mit einer Schweigeminute gedachten die Abgeordneten zu Beginn der Landtagssitzung am 16. März der Tsunami- und Erdbeben-Opfer in Japan. Die dramatischen Ereignisse um das havarierte Atomkraftwerk Fukushima hatten die FDP veranlasst, das Thema der Aktuellen Stunde zu beantragen: „Katastrophe in Japan – Schlussfolgerungen für Mecklenburg-Vorpommern“. Es folgte eine emotionsgeladene Debatte zum Atomausstieg mit zahlreichen Zwischenrufen.



Michael Roolf (FDP)



Ministerpräsident Erwin Sellering



Helmut Holter (DIE LINKE)

Fotos: Uwe Balewski

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, **Michael Roolf**, warnte davor, das Unglück im havarierten Atomkraftwerk Fukushima für parteipolitischen Streit zu nutzen. „Es ist nicht der Zeitpunkt, um in die üblichen Rituale der politischen Auseinandersetzung zu verfallen“, betonte Roolf. Kritik übte er an Atomkraftgegnern, die „mit bunten Luftballons“ auf der Straße demonstrierten, während in Japan großes Leid herrsche. Mit „Stolz und Selbstbewusstsein“ stelle sich die japanische Bevölkerung den Folgen der Naturkatastrophe, die Roolf als „größte in der Geschichte der Menschheit“ bezeichnete. Er hält Forderungen für falsch, „jetzt sofort, ohne Rücksicht auf jegliche menschliche Vernunft, die Kraftwerke abzuschalten, ohne Antworten zu geben auf das, was uns erwartet“.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** versicherte, dass sich die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern mit dem japanischen Volk verbunden fühle, das sich nach Erdbeben und Flutwelle nun durch die Explosionen in den Atommeilern einer noch größeren Gefahr ausgesetzt sehe. Als Konsequenz aus der Atomka-

tastrophe forderte Sellering eine radikale Abkehr von alten Energietechnologien. „Wir brauchen einen Zukunftsenergiepakt Deutschland“, sagte er. Der Atomausstieg müsse beschleunigt werden, neue Kohlekraftwerke sollten nicht gebaut werden. „Wir müssen alle Kraft und Unterstützung darauf richten, die erneuerbaren Energien voranzubringen“, betonte Sellering. In einem Fünf-Punkte-Plan fordert er Forschungsinitiativen und Förderprogramme für Öko-Energien sowie den zügigen Ausbau der Stromnetze.

„Allen Japanerinnen und Japanern gehört unser Mitgefühl“, betonte auch Linke-Fraktionschef **Helmut Holter**. Es müssten Lehren aus Tschernobyl und nun Fukushima gezogen werden. „Technologien, die nicht beherrschbar sind, dürfen nicht angewendet werden“, begründete er die Forderung nach einem raschen Ausstieg aus der Atomenergie-Nutzung. Auch Kohle als Brennstoff habe wegen der Endlichkeit der Ressourcen und der dramatischen Klimafolgen keine Zukunft. „Am besten ist, Deutschland wird zum Vorreiter für die energiepolitische Wende.“ Er halte es für verantwortungsvoll,

einen Pakt der Vernunft für eine zukünftige Energiepolitik in Deutschland einzufordern, und sagte dem Ministerpräsidenten Unterstützung für den 5-Punkte-Plan zu. Er kündigte einen Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion zum sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie an.

Japan habe gezeigt, dass unvorhersehbare Ereignisse jederzeit und überall eintreten können, sagte Innenminister **Lorenz Caffier** als Abgeordneter der CDU-Fraktion. Diese Erkenntnis dürfe nicht ohne Konsequenzen bleiben. „Wir müssen das Undenkbare für jeden Ort planen und berücksichtigen“, sagte er. Eine Energiewende sei unverzichtbar. Doch müsse, wer den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft wolle, auch sagen, wie die Lücken in der Energieversorgung geschlossen werden sollen. Bei den Sicherheitsüberprüfungen für deutsche Atomanlagen will Caffier auch das Atommüll-Zwischenlager bei Lubmin einbeziehen lassen. Diese Forderung habe er in einem Brief an die Bundeskanzlerin formuliert. „Die Sicherheit der Bevölkerung geht vor, wirtschaftliche Interessen



Innenminister Lorenz Caffier



Stefan Köster (NPD)



Dr. Gottfried Timm (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

haben sich da hinten anzustellen“, betonte er.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** sprach von einer „Wahlkampf Schlacht“, die in der Aktuellen Stunde auf dem Rücken der Opfer in Japan ausgetragen werde. „Japan steht inmitten einer atomaren Katastrophe, und viele Deutsche haben auch zu Recht Angst vor ähnlichen Störfällen hier in Deutschland“, sagte er. Aber die Politik versage. Die Handlungshoheit liege nicht bei ihr, sondern bei den Energiekonzernen. Die vergangenen Bundesregierungen haben seinen Worten nach den Energiemarkt „dermaßen

liberalisiert, dass die verschiedenen Verflechtungen selbst für Fachleute und für uns Bürger erst gar nicht mehr nachvollziehbar sind“. Das habe dazu geführt, dass das Vertrauen in die Politik im Allgemeinen und vor allem auch in die Energiepolitik aller im Bundestag vertretenen Parteien im Besonderen einen Tiefstand erreicht habe.

Nach Ansicht von **Dr. Gottfried Timm** (SPD) war die Aufkündigung des rot-grünen Energiekonsenses aus dem Jahr 2000 eine Aufkündigung eines gesellschaftlichen Konsenses in dieser energiepolitischen Frage. Die Vereinbarung

hätte einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht. „Die Aufkündigung hatte damals bereits ihren Preis, nämlich sehenden Auges einen Dissens in dieser Gesellschaft zu dieser energiepolitischen Perspektive zu erzeugen. Heute haben die Parteien, die die Bundesregierung tragen, nicht nur ihr Vertrauen, sondern auch ihre Glaubwürdigkeit in dieser energiepolitischen Frage verloren“, sagte er. Jetzt müssten alle Ressourcen genutzt werden, „um so schnell wie möglich erneuerbare Energie zu erzeugen und zu exportieren, damit Deutschland in der Lage ist, seine Kraftwerke abzuschalten“, sagte Timm.



Foto: Uwe Balewski

### Gedenkminute im Landtag

Zu Beginn der Plenarsitzung am 16. März gedachten die Abgeordneten, die Gäste auf der Besuchertribüne, die Journalisten und alle weiteren Anwesenden im Plenarsaal in einer Schweigeminute der Katastrophenopfer in Japan. Zuvor hatte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider sich mit folgenden Worten an die Anwesenden gewandt: „Mit großer Bestürzung und Fassungslosigkeit verfolgen wir eine schreckliche Katastrophe verheerenden Ausmaßes, die Japan erschüttert hat und deren weiteres Ausmaß noch nicht absehbar ist. Mehr als 10.000 Tote und Vermisste lösen tiefe Trauer und Betroffenheit aus. Den Menschen in Japan gilt unser tiefes Mitgefühl und den Opfern unser aufrichtiges Beileid.“

# Demografischer Wandel als Chance

**Ministerpräsident gibt Regierungserklärung ab**

■ **Ministerpräsident Erwin Sellering hat am 17. März im Landtag eine Regierungserklärung zum demografischen Wandel abgegeben. Eine Arbeitsgruppe der Landesregierung hat dazu einen Strategiebericht vorgelegt. Daraus geht hervor, dass das Land angesichts der weniger und älter werdenden Bevölkerung weiterhin vor enormen Herausforderungen steht. So wird nach 2020 ein erneuter Rückgang der Schülerzahlen erwartet, was eine weitere Konzentration bei den Schulen zur Folge haben dürfte. Die Autoren des Berichts regen mehr jahrgangsübergreifenden Unterricht an.**

Auf 134 Seiten widmet sich der Strategiebericht der Bevölkerungsentwicklung bis 2030 und den Folgen. 2030 werden in Mecklenburg-Vorpommern den Berechnungen nach nur noch 1,45 Millionen Menschen leben. Jetzt sind es 1,65 Millionen, 1990 waren es 1,9 Millionen. In einigen Regionen wird die Einwohnerzahl drastisch sinken, im Landkreis Demmin etwa um 35 Prozent, in Mecklenburg-Strelitz um 31 Prozent, in den Kreisen Güstrow und Parchim um 23 Prozent, in Nordvorpommern um 21 Prozent, in Neubrandenburg um 20 Prozent. Zugleich wird der Prognose zufolge das Durchschnittsalter von jetzt 45 auf 51 Jahre im Jahr 2030 steigen. Laut **Erwin Sellering** wird sich der Anteil der über 60-Jährigen vervierfachen. „Das stellt uns vor enorme Herausforderungen“, sagte der Ministerpräsident.

Der demografische Wandel eröffne den Senioren in Mecklenburg-Vorpommern aber auch ganz neue Chancen. In den Unternehmen würden die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer angesichts von Nachwuchsmangel künftig stärker gefragt sein, zeigte sich der Regierungschef überzeugt. „In der Vergangenheit wurden Ältere schnell als schwer vermittelbar

aus dem Arbeitsmarkt gedrängt“, sagte er. Das ändere sich bereits. Sellering forderte passgenaue Qualifizierungen Älterer für konkrete Arbeitsplätze. Er appellierte an die Unternehmen, sich darauf einzustellen und auch Arbeitsplätze den Bedürfnissen älterer Arbeitnehmer anzupassen.

Es entstehe andererseits ein wachsender Markt für altersgerechtes Bauen und Wohnen, für Produkte und Dienstleistungen speziell für Ältere. Der Tourismus und insbesondere der Gesundheitstourismus könnten profitieren. Da sich die Alterung in Mecklenburg-Vorpommern früher vollziehe als im Westen der Bundesrepublik, könne das Land eine Vorreiterrolle einnehmen und Produkte und Dienstleistungen für Ältere auch „exportieren“.

Im Land müsse die Verwaltung der zurückgehenden Einwohnerzahl angepasst werden, sagte Sellering weiter. „Wir müssen künftig viele kreative Lösungen finden.“ Der Bericht listet zahlreiche Ideen auf. Sie reichen von mobilen Bürgerämtern, mit denen die Verwaltung in Einkaufszentren ihre Dienste anbietet, bis hin zu mehr jahrgangsübergreifendem Unterricht, um Grundschulen auf dem Land zu erhalten. Das bürgerschaftliche Engagement werde zunehmend gefragt sein, stellte Sellering klar. Der Staat könne nicht mehr überall alles leisten. Für die junge Generation präsentiere sich Mecklenburg-Vorpommern sehr kinderfreundlich, sagte er weiter. Dass die Löhne steigen werden, sei sicher. „Das wird der Markt erzwingen.“

Bei der Opposition stieß der Strategiebericht auf Kritik. Der Vorsitzende der Linksfraktion, **Helmut Holter**, sagte, der Bericht sei kein Zukunftskonzept. Zum wiederholten Male sei lediglich der Zustand beschrieben worden. Das sei zu wenig. Vorrangiges Ziel der Landesregierung müsse es sein, die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Diese hänge entscheidend von einer funktionierenden Infrastruktur und Daseinsvorsorge ab. Er forderte als Konsequenz aus den absehbaren Entwicklungen mehr Entscheidungsfreiheiten für die Kommunen. Insgesamt blieben zu viele Fragen offen. Es sei gut, dass der Bericht endlich vorliegt. „Aber ein Zukunftskonzept ist es nicht“, betonte er.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Rooff** äußerte sich ähnlich. Die Regierungserklärung sei ein Bericht gewesen, der wie eine Wahlkampfreda klang. „Das gehört nicht in den Landtag.“ Eine Strategie könne er nicht erkennen. Der demografische Wandel sei ein langfristiger Prozess, den die Politik begleiten müsse. Der Bevölkerungsrückgang ist seiner Ansicht nach auch ein natürlicher Prozess. Bis zum Zweiten Weltkrieg habe die Einwohnerzahl in der Region bei etwa einer Million gelegen. Sie sei dann in der DDR in die Höhe getrieben worden. Künftig werde sie sich bei 1,6 Millionen einpegeln und so ein natürliches Niveau erreichen. Ihm fehlten unter anderem überzeugende Antworten auf Fragen, wie Fachkräfte im Land gehalten, wie ältere Arbeitnehmer qualifiziert und die gesundheitliche Versorgung gewährleistet werden können.



Foto: Jens Büttner

**Stefan Köster** (NPD) bezeichnete die Regierungserklärung als „Bankrotterklärung“ für alle Fraktionen im Landtag, seine ausgenommen. Der Einwohnerschwund in diesem Land sei groß wie sonst nirgends in Europa, die Arbeitslosigkeit hoch und die Löhne niedrig. Das liege an der „miserablen Politik“. Die Landesregierung sei „peinlich“ und gehöre abgewählt.

Redner der Koalition würdigten den Bericht. Er biete eine gute Basis für künftige Entscheidungen. Der CDU-Abgeordnete **Wolf-Dieter Ringguth** sprach sich dafür aus, in der neuen Legislaturperiode eine Enquete-Kommission zur Demografie einzusetzen. In solchen Gremien widmen sich Abgeordnete gemeinsam mit Experten aus Forschung, Wirtschaft und Verbänden ausgewählten Themen. Diese Enquete-Kommission muss Ringguth zufolge die Aufgabe haben, konkrete Anpassungsstrategien zu entwickeln und Projekte auf den Weg zu bringen. „Die demografische Entwicklung muss kein Schreckgespenst sein. Aber die demografische Entwicklung ist eine Herausforderung“, sagte er.

**Heinz Müller** (SPD) warf Kritikern vor, beim Thema demografische Entwicklung „Gespenster“ zu definieren, „um sich selbst als Geisterjäger zu positio-

nieren“. Er hält das Strategiepapier „für sehr gelungen und wertvoll“. Es werde die Landespolitik auch in den kommenden Jahren begleiten, zum Beispiel in den Fachausschüssen. Jetzt braucht das

Land seinen Worten nach eine intensive Diskussion. Der demografische Wandel müsse als Aufgabe begriffen werden, das Land zu gestalten.

[Drucksache 5/4126](#)

### Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

| Kreisfreie Städte und Landkreise | 2009             | 2030             | Vergleich 2009 – 2030 in Prozent |
|----------------------------------|------------------|------------------|----------------------------------|
| Rostock                          | 201.442          | 205.380          | + 2,0                            |
| Schwerin                         | 95.041           | 91.032           | - 4,2                            |
| Neubrandenburg                   | 65.137           | 52.113           | - 20,0                           |
| Stralsund                        | 57.778           | 55.387           | - 4,1                            |
| Greifswald                       | 54.362           | 59.429           | + 9,3                            |
| Wismar                           | 44.470           | 45.033           | + 1,3                            |
| Bad Doberan                      | 117.430          | 105.228          | - 10,4                           |
| Demmin                           | 80.643           | 52.566           | - 34,8                           |
| Güstrow                          | 99.943           | 76.729           | - 23,2                           |
| Ludwigslust                      | 123.528          | 112.289          | - 9,1                            |
| Mecklenburg-Strelitz             | 78.562           | 53.916           | - 31,4                           |
| Müritz                           | 65.210           | 56.780           | - 12,9                           |
| Nordvorpommern                   | 106.664          | 84.350           | - 20,9                           |
| Nordwestmecklenburg              | 117.033          | 112.169          | - 4,2                            |
| Ostvorpommern                    | 105.924          | 90.452           | - 14,6                           |
| Parchim                          | 96.896           | 74.770           | - 22,8                           |
| Rügen                            | 68.126           | 59.116           | - 13,2                           |
| Uecker-Randow                    | 73.027           | 65.148           | - 10,8                           |
| <b>Mecklenburg-Vorpommern</b>    | <b>1.651.216</b> | <b>1.451.887</b> | <b>- 12,1</b>                    |

Quelle: Oberste Landesplanungsbehörde Mecklenburg-Vorpommern



Foto: Jens Büttner



Foto: Jens Büttner

Künftig sollen Film- und Tonaufnahmen von Gemeindevertretersitzungen möglich sein.

## Änderung der Kommunalverfassung

### Streit über wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

■ Die Landesregierung hat ihren Entwurf für eine Änderung der Kommunalverfassung am 16. März dem Landtag vorgelegt. Das Gesetz soll die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen erleichtern, Vorbehalte gegen Gemeindezusammenschlüsse ab- und die Bürgerbeteiligung ausbauen. So sollen künftig Film- und Tonaufnahmen von Gemeindevertretersitzungen möglich sein. Jedoch können die Medien ausgeschlossen werden, wenn ein Viertel der Gemeindevertreter das beschließt.

Die Einwohner aufgelöster Gemeinden sollen einen Ortsvorsteher wählen können, der innerhalb der neuen Gemeinde mit zahlreichen Kompetenzen ausgestattet werden soll. Allerdings gibt es dann keine Ortsteilvertretung. Für eine leidenschaftliche Debatte sorgte das Vorhaben der Regierung, die wirtschaftliche Tätig-

keit von Kommunen zu erleichtern. Redner der Koalition erklärten, eine Rückkehr zur Staatswirtschaft wie in der DDR sei durch die Änderung der Kommunalverfassung nicht zu befürchten.

Den Kommunen dürfe nicht das Recht auf wirtschaftliche Betätigung abgesprochen werden, sagte Innenminister **Lorenz Caffier**, der den Entwurf vorlegte. „Umgekehrt wollen wir ja auch die Unternehmen nicht verpflichten, unwirtschaftliche und nicht profitable, aber notwendige Einrichtungen zur Daseinsvorsorge zu betreiben.“ Die Novelle gibt seiner Ansicht nach Antworten auf alle Fragen, die den Kommunen unter den Nägeln brennen.

Der Linksfraktion gehen die geplanten wirtschaftlichen Freiheiten für die Kommunen nicht weit genug. Der vorliegende Entwurf enthalte weniger Möglichkeiten für die Städte und Gemeinden als ein früherer Referentenentwurf, sagte der Linke-Abgeordnete **Peter Ritter**. Offenbar sei dem Minister die Kritik der Unternehmensverbände zu sehr „in die Knochen“ gefahren. Die Novelle solle nun gründlich beraten werden.

Die kommunale Wirtschaft müsse Gewinne machen dürfen, sagte der SPD-Abgeordnete **Heinz Müller**. Dies sei kein Untergang des Abendlandes, sondern mit dem beschlossenen Gesetz gültiges Recht. Kommunale Unternehmen dürfen seinen Worten nach aber keine „Lücken-

büßer“ für die Fälle sein, in denen die private Wirtschaft auf dem Markt versagt, weil die Gewinne nicht groß genug sind. Gerade bei der Versorgung mit Energie und Wärme sollten die Städte und Gemeinden eine wichtige Rolle spielen.

Heftige Kritik übte die FDP, die Nachteile für die örtliche klein- und mittelständische Wirtschaft befürchtet. **Toralf Schnur** warf der Koalition vor, die Staatswirtschaft zurückzuholen. „Wie weit sind wir eigentlich noch von der DDR weg?“, fragte er und fügte hinzu: „Sie wollen zurück in alte Zeiten. Wir nicht.“

**Burkhard Lenz** (CDU) wies die Kritik zurück. Die Kommunen mischten sich mit ihrer wirtschaftlichen Betätigung nicht in die freie Wirtschaft ein. Aber gerade im Bereich der sogenannten Daseinsvorsorge – der Stromversorgung zum Beispiel – müssten sie Einfluss behalten.

Nach Auffassung des NPD-Abgeordneten **Michael Andrejewski** ist der Gesetzesentwurf „reine Kosmetik“. Die Bevölkerung verlasse in Scharen die Dörfer, das Land veröde. Hier werde nur die „Auflösung“ verwaltet. Nun sollten die Kommunen auch noch auf Kosten der privaten Wirtschaft Geld verdienen.

Der Gesetzesentwurf wurde zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

[Drucksache 5/4173](#)

# Ohne neue Kredite

**Schuldenbremse soll in Landesverfassung**

■ Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU wollen eine Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern. Damit muss der Landesetat ab dem Jahr 2020 ohne neue Kredite auskommen. Ausnahmen sollen in begrenztem Rahmen möglich sein, zum Beispiel bei anhaltend schlechter Wirtschaftsentwicklung. Für die angestrebte Verfassungsänderung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag nötig.

Zwar gebe es eine absolute Schuldenbremse im Grundgesetz, sagte der SPD-Finanzexperte **Rudolf Borchert**, der den Gesetzentwurf am 16. März in den Landtag einbrachte. Doch braucht Mecklenburg-Vorpommern seiner Meinung nach eine eigene Regelung, die Ausnahmen ermöglicht und dem Land damit erlaubt, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Ministerpräsident **Erwin Sellering** warb im Parlament für eine Entscheidung über die Schuldenbremse noch vor der Landtagswahl am 4. September. „Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben einen Anspruch darauf, jetzt zu erfahren, wie wir dazu stehen“, sagte er. Umfragen zeigten, dass die Menschen eine Politik wollten, die die Aufnahme von Schulden begrenzt. 86 Prozent der Mecklenburger und Vorpommern wünschten dies. „Mit dem Gesetzentwurf bekennen wir uns zu unserer Verantwortung gegenüber kommenden Generationen“, betonte der Regierungschef. Er erinnerte daran, dass Mecklenburg-Vorpommern schon seit Ende der neunziger Jahre auf eine solide Finanzpolitik setzt. Bereits in der laufenden Wahlperiode habe das Land keine neuen Schulden aufgenommen.

Die LINKE bekräftigte ihre Ablehnung des Vorhabens. Landesregierung und Landtag würden sich damit selbst wichtiger Gestaltungsmöglichkeiten berauben, betonte die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion, **Birgit Schwes**. „Das bedeutet ganz klar: das Land wird sich aus der Finanzierung bestimmter Aufgaben zurück-



Foto: Jens Büttner

ziehen“, sagte die Abgeordnete. Zu den Verlierern würden die Kommunen gehören, die mit schlechterer Finanzausstattung durch das Land rechnen müssten. Es gebe dann aber auch weniger Geld für Bildung und soziale Leistungen.

„Eine solide Finanzpolitik ist notwendig“, unterstrich **Egbert Liskow** (CDU). Mecklenburg-Vorpommern habe seit 2006 keine Schulden gemacht und sogar schon mit der Tilgung begonnen. Wenn ab 2020 durch das Grundgesetz ein absolutes Verbot der Neuverschuldung gelte, könne das Land aber nicht mehr auf Ausnahmefälle reagieren. Deshalb müsse das Parlament eine eigene Regelung schaffen.

Die FDP knüpft ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf an Bedingungen. Die Kommunen müssten von den 137 Millionen Euro Krediten befreit werden, die sie wegen einer Kürzung des Finanzausgleichsgesetzes beim Land aufnehmen mussten, forderte der Fraktionsvorsitzende **Michael Roof**. Zudem müsse die Regierung in einem Bericht die Beteiligungen des Landes offenlegen und die in der Wirtschaft übliche doppelte Buchführung einführen. Das ermögliche mehr Transparenz über Einnahmen, Ausgaben und Vermögen.

**Stefan Köster** (NPD) zufolge soll mit dem Gesetzentwurf und den vorgesehenen Ausnahmeregelungen die Schuldenbremse ausgehebelt werden. Seine Fraktion stimme der Überweisung dennoch zu. Das Gesetz werde noch bitter nötig werden, weil das „Szenario“ sonst nicht zu beherrschen sei.

Die geforderte Verfassungsänderung wurde bei Gegenstimmen der Linksfrakti-

on zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

[Drucksache 5/4192](#)

## Gesetzentwurf der Linken abgelehnt

Die Fraktion DIE LINKE hat am 16. März dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung vorgelegt, um den Kreisen, Gemeinden und kommunalen Verbänden ein größeres Mitspracherecht bei der Gesetzgebung zu ermöglichen. Bisher ist die Einbeziehung der Kommunen in der Kommunalverfassung geregelt. Paragraph 6 schreibt vor, dass die Landesregierung bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften, die unmittelbar die Belange der Gemeinden berühren, mit deren Verbänden – dem Städte- und Gemeindegtag und dem Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern – zusammenwirken muss. Die den kommunalen Landesverbänden eingeräumte Einbeziehung in Gesetzgebungsverfahren umfasst Anhörungs- und Beratungsrechte der Verbände sowie Konsultationspflichten der Landesregierung. Nach Ansicht der Linken reicht das nicht aus, zumal Verstöße bisher verfassungsrechtlich folgenlos blieben. Die Linksfraktion will den notwendigen intensiven Dialog zwischen Land und Kommunen deshalb auch in der Landesverfassung verankern. Der Antrag, den Entwurf zur Beratung in die Ausschüsse zu überweisen, fand jedoch keine Mehrheit.

[Drucksache 5/4174](#)

## Vergabegesetz gegen Niedriglöhne

SPD/CDU-Koalition legt Gesetzentwurf vor

■ Mit einem Vergabegesetz will die Koalition die Niedriglöhne in Mecklenburg-Vorpommern zurückdrängen. Den Entwurf hat Jochen Schulte (SPD) am 16. März in den Landtag eingebracht. Öffentliche Aufträge – allerdings nur für den Personennahverkehr – dürfen demnach nur noch dann vergeben werden, wenn das betreffende Unternehmen sich an Tarife hält. Eine umfassende Tarifregelung würde mit Europarecht kollidieren, sagte er. Bereits bestehende Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge sollen Gesetzesrang bekommen. Das betrifft etwa das Gebot, dem wirtschaftlichsten und nicht dem billigsten Anbieter den Zuschlag zu geben.

Der Opposition geht der Entwurf nicht weit genug. „Der Berg kreiβte und gebar ein Mäuschen“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, **Regine Lück**. Im Grunde schreibe die Koalition nur Regelungen, die es im Vergaberecht bereits gibt, nun noch einmal ins Landesgesetz. Außerdem seien Dumpinglöhne nicht ausgeschlossen. „Wir wollen in einem Vergabegesetz als wichtige Norm einen Mindestlohn von zehn Euro einführen“, sagte sie. Im vorgelegten Entwurf seien die Formulierungen „windelweich“ und ließen zu viele Hintertüren offen. Dennoch wolle ihre Frak-



Foto: Jens Büttner

Mit einem Vergabegesetz will die Koalition die Niedriglöhne in Mecklenburg-Vorpommern zurückdrängen.

tion den Entwurf in den Ausschüssen beraten.

Das Gesetz soll nach den Worten von **Wolfgang Waldmüller** (CDU) keinen willkürlich festgelegten Standardsatz wie einen Mindestlohn von zehn Euro enthalten. Es sei besser, sich auf den Tarifvertrag zu beziehen. Das Vergaberecht werde mit dem umfassenden Entwurf der Koalition effizienter gestaltet. Da auch die Opposition Vorschläge für eine Novellierung des Vergaberechts vorlegt, werde es intensive Diskussionen in den Ausschüssen geben.

Nach Ansicht von FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** hätte sich die Regierungskoalition ein Vergabegesetz „komplett sparen“ können. „Dieses Gesetz braucht hier keiner.“ Überhaupt brauche Mecklenburg-Vorpommern weniger Bürokratie. Das käme auch dem Mittelstand zugute. Rooff verwies auf den Entwurf der Liberalen für ein aktualisiertes Mittelstandsförderungsgesetz, in dem auch die Vergabe geregelt wird.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** bezeichnete die erste Lesung als „wichtige

Etappe“ auf dem Weg zu einem sachgerechten Vergaberecht. Der vorliegende Entwurf sei im Gegensatz zum Vorschlag, den die Linksfraktion in den Landtag eingebracht hat (vgl. LN 2/2011), „kein bürokratisches Monster“. Man könne im Vergaberecht nicht alle gesellschaftspolitischen Ziele regeln. „Wir haben uns auf das Wesentliche beschränkt“, sagte er. Es komme auch darauf an, die rechtlichen Bestimmungen durchzusetzen.

**Stefan Köster** (NPD) hielt dem Minister vor, er habe einmal davon gesprochen, dass ein Vergaberecht den fairen Wettbewerb zum Ziel haben müsse. Der werde ab Mai 2011 sowieso nicht mehr garantiert sein, weil dann die „Osteuropäer“ ins Land kommen. Die in der EU vereinbarten Beschränkungen für osteuropäische Arbeitnehmer enden im Mai 2011.

Der Gesetzentwurf soll nun in den Landtagsausschüssen beraten werden.

[Gesetzentwurf der SPD/CDU-Koalition: Drucksache 5/4190](#)

[Gesetzentwurf DIE LINKE: Drucksache 5/4076](#)



### Fraktionslos

Der Abgeordnete Dr. Gerd Zielenkiewitz ist nicht mehr Mitglied der SPD-Landtagsfraktion. Er nimmt bis zum Ende der Wahlperiode im September 2011 sein Abgeordneten-Mandat als fraktionsloses Mitglied des Landtages wahr. Zielenkiewitz, der Präsident der Wismarer Bürgerschaft ist, hatte im Juni 2010 zusammen mit drei weiteren Mitgliedern die sozialdemokratische Fraktion des Stadtparlaments verlassen und eine neue Fraktion „Für Wismar“ gebildet. Daraufhin waren die vier Bürgerschaftsmitglieder vom Wismarer SPD-Kreisverband aus der Partei ausgeschlossen worden. Am 30. März hat auch die SPD-Landtagsfraktion Zielenkiewitz ausgeschlossen. Gerd Zielenkiewitz gehört dem Landtag seit 2002 an. Er hatte bei den Landtagswahlen 2002 und 2006 im Wahlkreis Wismar das Direktmandat errungen.



Foto: Jens Büttner

Endoskopiewerkstatt

## Förderung des Mittelstandes

### Alle Fraktionen stimmen für Beratung des FDP-Gesetzesentwurfs

■ Die FDP-Fraktion im Landtag will mit einem Gesetz die Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern verbessern. Damit soll eine seit 1993 bestehende Regelung aktualisiert werden.

Der Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft brauche weniger Bürokratie, sagte FDP-Fraktionschef **Michael Roolf**, der den Entwurf am 17. März im Landtag zur Ersten Lesung einbrachte. So regeln seinen Worten nach die Liberalen auch die Vergabe öffentlicher Aufträge in diesem einen Gesetz mit. Der Entwurf sieht zudem vor, „kleinsten und kleinen, aber erstmals auch genossenschaftlich organisierten Unternehmen und Freiberuflern die Teilhabe an Großaufträgen zu ermöglichen“, sagte Roolf. „Privat geht vor Staat.“ Kommunale Unternehmen sollen demnach Aufträge erst annehmen dürfen, wenn nachgewiesen ist, dass es Privatfirmen nicht günstiger können. Unterstützt werden soll der Mittelstand durch einen einheitlichen Ansprechpartner, der sich außerhalb eines Ministeriums auch um die finanzielle Förderung kümmert. „Ein gestärkter Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern

durch das Mittelstandsförderungsgesetz bedeutet auch neue Arbeitsplätze sowie mehr Aus- und Weiterbildung“, betonte der Fraktionschef.

Eine Überarbeitung des Mittelstandsförderungsgesetzes von 1993 ist aus Sicht von Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** generell zu begrüßen. Allerdings schieße die FDP über ihre selbstgesetzten Ziele hinaus. Der vorgelegte Entwurf dient seiner Meinung nach weder der Deregulierung noch der Transparenz und der Übersichtlichkeit. Andere Themen – wie die Finanzierungshilfe als eines der stärksten Instrumente zur Mittelstandsförderung – kommen Seidel zufolge zu kurz. Er kündigte eine eigene Regelung an, sprach sich aber auch für eine Überweisung des FDP-Gesetzesentwurfs aus. „Am Ende werden wir eine gute Lösung für den Mittelstand finden“, versicherte der Minister.

Für eine Beratung des FDP-Entwurfs sprach sich auch **Jochen Schulte**, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, aus. Die Bedeutung der Mittelstandsförderung sei fraktionsübergreifend unumstritten. Lange Zeit sei es oberstes Ziel gewesen, schnell größere Unternehmen mit möglichst vielen Arbeitsplätzen anzusiedeln. Die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre werde viele stärker darauf gerichtet sein, bestehende Firmen hier im Land zu unterstützen. Ein eigener Entwurf werde die Vorstellungen der Koalition präzisieren. Beide Vorschläge sollten dann gemeinsam diskutiert werden.

Linksfraktionschef **Helmut Holter** kritisierte den Entwurf als „oberflächlich und unbestimmt“. Klare Aussagen etwa zur

Sicherung des Fachkräftebedarfs oder zu flexiblen Arbeitszeitmodellen seien außen vor geblieben. DIE LINKE habe auch eine Förderung des Mittelstandes zum Ziel, unterstütze aber ebenso die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen. Öffentliche und private Wirtschaft seien oft aufeinander angewiesen. Vielfach habe sich die Privatisierung öffentlicher Leistungen als Irrweg erwiesen. Alles in allem bleibt die FDP seiner Überzeugung nach hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück. Die Linksfraktion werde dennoch einer Überweisung zustimmen.

Das sagte auch **Wolfgang Waldmüller** für die CDU-Fraktion zu. Der Mittelstand schaffe die meisten Arbeitsplätze und Investitionen. Als Motor der Wirtschaft könne seine Leistung nicht hoch genug geschätzt werden. Der Ansatz, den die FDP wählte, sei durchaus diskussionswürdig. Er widersprach jedoch der Auffassung der Liberalen, dass auch die Vergabe öffentlicher Aufträge im Mittelstandsförderungsgesetz gleich mit geregelt werden soll, und verteidigte das eigenständige Vergabegesetz der Koalition.

Der Entwurf beinhaltet **Stefan Köster** (NPD) zufolge „überwiegend Absichtsbekundungen und schwammige Formulierungen“. Er sprach von einem „billigen Profilierungsversuch“ der FDP gegenüber dem Mittelstand. Dennoch werde auch seine Fraktion für die Überweisung stimmen.

[Drucksache 5/4198](#)

### Mittelstand

Eine gesetzlich vorgeschriebene Definition des Mittelstandes gibt es nicht. Aus quantitativer Sicht bezieht sich der Mittelstandsbegriff auf Unternehmen aller Branchen einschließlich des Handwerks und der Freien Berufe, die eine bestimmte Größe nicht überschreiten. Hilfsweise werden zur Größenbestimmung der Jahresumsatz, die Anzahl der Arbeitsplätze und/oder die Bilanzsumme herangezogen. Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn zählt zum Mittelstand Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz bis zu 50 Mio. Euro. Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern und einem Umsatz von weniger einer Million Euro zählen zu den kleinen Unternehmen. [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de)



Foto: Jens Büttner

Am 8. März demonstrierten mehrere tausend Lehrerinnen und Lehrer in Schwerin für bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Bezahlung.

## Lehrerbildungs- gesetz

**Berufsschullehrer-Ausbildung soll wieder eingeführt werden**

■ **Mit einem neuen Lehrerbildungsgesetz soll dem drohenden Lehrermangel in Mecklenburg-Vorpommern begegnet werden. Der Entwurf der Koalitionsfraktionen sieht unter anderem mehr Praxisanteile vor, die Regelstudienzeit soll von neun auf zehn Semester steigen. Außerdem sollen an den Hochschulen des Landes nach mehrjähriger Pause wieder Berufsschullehrer ausgebildet werden.**

Mit dem Gesetz werde eine umfassende Reform der Lehrerbildung ermöglicht, sagte **Marc Reinhardt** (CDU), der am 16. März den Entwurf der SPD/CDU-Koalition dem Parlament zur Ersten Lesung vorlegte. Das Gesetz soll nach dem Willen der Koalition voraussichtlich im Frühsommer 2011 verabschiedet werden.

**Andreas Bluhm** (DIE LINKE) kritisierte, dass „so ein komplexes Gesetzesvorhaben nicht in der dafür angemessenen Zeit“ beraten werde könne. Es wäre besser gewesen, es in der nächsten Legislaturperiode in Angriff zu nehmen. Der Entwurf sei nicht breit mit Fachleuten diskutiert

worden, sagte er. Er wirft seinen Worten nach mehr Fragen auf, als er beantwortet. Seine Fraktion werde nicht über einen „Gesetzesentwurf beraten, bei dem in keiner Weise die Folgen abzusehen sind“, und deshalb einer Überweisung nicht zustimmen.

Nach Ansicht von Bildungsminister **Henry Tesch** stellt das Gesetz die Lehrerbildung im Land auf ein rechtlich stabiles Fundament. Es werte die Bildungs- und Fachwissenschaften auf und stärke auch das fachliche und pädagogische Profil der künftigen Lehrkräfte. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte werde insgesamt modernisiert. Außerdem werde dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt.

Diese Auffassung teilte **Matthias Mantei** (CDU). Der Entwurf sei viel diskutiert worden. Schließlich bewahrte er sich hier der Grundsatz: „Was lange währt, wird gut“, betonte er.

Der Gesetzesentwurf sei längst überfällig, sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Hans Kreher**. Dem Land entstehe durch die späte Einbringung erheblicher Schaden. So werde die bereits beschlossene Verkürzung des Referendariats mit diesem Entwurf nicht inhaltlich unteretzt. Auch er kritisierte, dass Fachleute nicht angehört wurden. „Das sagt schon viel über die Qualität des Gesetzesentwurfes“, betonte er und forderte, dem Lehrerberuf wieder zu mehr Ansehen zu verhelfen. Um Fachkräfte im Land zu halten, seien unter anderem eine „angemes-

sene Bezahlung“ und weniger Bürokratie nötig.

Nach Auffassung von **Birger Lüssow** (NPD) wird nur „herumgedoktert“ am Bildungssystem, das bundesweit vereinheitlicht werden müsse. Auch die Verkürzung des Referendariats um sechs Monate ist in seinen Augen falsch. Ziel müsse es sein, die Schüler zu selbstbewussten Menschen zu erziehen. Dazu gehöre auch, ihnen zu vermitteln, dass sie zu Recht stolz auf ihr Vaterland sein können, sagte der NPD-Abgeordnete.

**Mathias Brodkorb**, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, wies den Vorwurf zurück, der Entwurf sei nicht breit diskutiert worden. Er selbst habe unter anderem mit Hochschulrektoren zusammengesessen und beraten. Das Gesetz trägt aus seiner Sicht zur Modernisierung der Lehrerbildung bei. Wichtig sei auch, die Ausbildung von Berufsschullehrern wieder einzuführen. Er nannte es ein Versagen des gesamten Parlaments, zwischen 2004 und 2006 die weitgehende Einstellung der Berufsschullehrer-Ausbildung im Land hingenommen und später nie hinterfragt zu haben. Mecklenburg-Vorpommern hat in bestimmten Fächern schon jetzt einen Mangel an Berufsschullehrern, der sich Prognosen zufolge in den nächsten Jahren verstärken wird.

Der Gesetzesentwurf wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

[Drucksache 5/4194](#)

## Preis- verleihung

### Sieger des Wettbewerbs zur Neugestaltung des Plenarsaals mit Entwurfsplanung beauftragt

■ Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hat am 5. April in Schwerin die Sieger des Wettbewerbs zur Neugestaltung des Plenarsaals des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ausgezeichnet. Zugleich kündigte sie an, dass das siegreiche Architekturbüro Dannheimer + Joos Architekten BDA aus München mit der Entwurfsplanung beauftragt wird. Dies habe die Parlamentarische Baukommission entschieden. Die Grundsatzentscheidung über den möglichen Neubau im derzeitigen Festsaal des Schweriner Schlosses entsprechend der Entwurfsplanung werde der neu gewählte Landtag der kommenden Wahlperiode im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Jahre 2012 und 2013 treffen, sagte die Landtagspräsidentin.

Das Preisgericht hatte am 25. Februar unter dem Vorsitz von Joachim Brenck, Schweriner Architekt und Präsident der Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern, einstimmig den Entwurf des Architekturbüros Dannheimer + Joos Architekten BDA aus München zum Siegerentwurf erklärt. Drei dritte Preise gingen an die Architekten Oliver Brünjes aus Saarbrücken, an die ARGE Unverzagt und Freunde des Hauses aus Wiesbaden sowie das Architekturbüro Lepel und Lepel aus Köln. Insgesamt waren 29 Wettbewerbsbeiträge begutachtet und bewertet worden.

Sylvia Bretschneider: „Ziel des Wettbewerbs war es, einen zeitgemäßen Plenarsaal mit einem Konferenzbereich zu schaffen, der sowohl den Abgeordneten als auch den Medienvertretern gute Arbeitsbedingungen bietet und den Besuchern ermöglicht, Plenarsitzungen optisch und akustisch gut verfolgen zu können. Hierbei sollte die architektonische Lösung vor allem der heutigen Auffassung von parlamentarischer Demokratie gerecht werden und dem Landtag als Verfassungsorgan einen würdigen Rahmen geben. Dies ist vor allem dann gewährleistet, wenn die räumliche Gestaltung dazu bei-



Foto: Dirk Lange

Die Gewinner des Architekten-Wettbewerbs für einen neuen Plenarsaal im Schweriner Schloss Tilman Joos und Veronika Dannheimer mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (r.) bei der Preisverleihung.

trägt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich eingeladen fühlen, sich in die parlamentarische Demokratie einzubringen und das Landtagsgebäude als ihr Haus betrachten. Zugleich war es aber auch erforderlich, die vorhandene Schlossarchitektur und hierbei insbesondere die historische Bausubstanz des Festsaals zu berücksichtigen – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die angestrebte Bewerbung in die UNESCO-Welterbeliste. Beides ist in den ausgezeichneten Arbeiten in hervorragender Weise gelungen.“

Die Entscheidung für den Wettbewerb zur Neugestaltung des Plenarsaales im jetzigen Festsaal des Schlosses und der zeitliche Rahmen des Verlaufs wurden am 17. März 2010 durch die Parlamentarische Baukommission des Landtages getroffen. Ausgelobt worden war der Wettbewerb daraufhin vom Betrieb für Bau und Liegenschaften (BBL), der im Auftrag des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung handelt. Die Koordinierung des Wettbewerbs erfolgte in enger Abstimmung mit dem Landtag.

#### Dokumentation „Jugend im Landtag 2010“

Im November 2010 veranstaltete der Landtag zusammen mit dem Landesjugendring M-V zum siebten Mal „Jugend im Landtag“. Mit dem Ziel, eigene Ideen für die Förderung der Zukunftsperspektiven junger Menschen im Land zu erarbeiten und auch gleich selbst für ihre Umsetzung aktiv zu werden, stürmten Jugendliche aus ganz Mecklenburg-Vorpommern begeistert das Schweriner Schloss. Sie erprobten demokratische Abstimmungsverfahren im Plenarsaal, diskutierten, recherchierten, konzipierten ... Ihre Vorschläge und Bedarfe überreichten sie an die demokratischen Fraktionen mit dem Wunsch, dass ihre Ideen und Anregungen ernst genommen und in der parlamentarischen Arbeit thematisiert werden.

Eine Dokumentation der Veranstaltung gibt's beim Landesjugendring (0385 / 7607614, [y.griep@inmv.de](mailto:y.griep@inmv.de)) und beim Landtag (0385 / 525-2113, [oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de))

#### Publikation „20 Jahre Landtag M-V“ erschienen

Über die Verwaltung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern kann ab sofort die Publikation „20 Jahre Landtag Mecklenburg-Vorpommern“ bezogen werden. Die bebilderte Broschüre dokumentiert den Festakt vom 26. Oktober 2010. Nachzulesen sind die Festansprachen von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Ministerpräsident Erwin Sellering, der Präsidentin des Landesverfassungsgerichts Hannelore Kohl sowie des Präsidenten des Landtages a.D. Rainer Prachtl. Der kostenlose Band kann bei der Landtagsverwaltung telefonisch (0385 / 525-2113) oder per Mail ([oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de)) bestellt werden.

# Weitere Beschlüsse des Landtages

## Befugnisse für Polizei erweitert

■ Zum fünften Mal hat der Landtag am 16. März das Sicherheits- und Ordnungsgesetz geändert. Die Befugnisse der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern werden damit erweitert. So dürfen Beamte künftig bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestimmte Daten über Menschen sammeln, etwa zu deren Gesundheit, weltanschaulicher Überzeugung oder Religion. Das Gesetz macht zudem Regelungen dauerhaft, die Mitte 2011 ausgelaufen wären, etwa zur Telefonüberwachung oder zur automatischen Erfassung von Autokennzeichen. Spezialeinheiten der Polizei werden zudem mit sogenannten Tassern (Distanz-Elektroimpuls Waffen) ausgerüstet. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien SPD und CDU entsprechend geändert. DIE LINKE und FDP äußerten verfassungsrechtliche Bedenken.

[Drucksachen 5/3735 und 5/4206](#)



Foto: Jens Büttner

## Integrative Bildung verbessern

■ Schulen sollen nach dem Willen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU künftig ein Grundbudget an Stunden erhalten, damit bedürftige Schüler rechtzeitig gefördert werden können. Etwa 20 Prozent der Kinder an Schulen haben Erhebungen zufolge einen sogenannten „sonderpädagogischen Förderbedarf“, hieß es zur Begründung. Der Antrag „Rahmenbedingungen für integrative Bildung verbessern“ wurde am 17. März vom Parlament mit einer von der FDP vorgeschlagenen Änderung angenommen. Die Landesregierung wird auch aufgefordert, zu prüfen, ob Leistungen für Mentoren wahlweise als Aufwandsentschädigung oder in Form von Stundenminderung gewährt werden können.

[Drucksachen 5/4197 und 5/4226](#)

## Opferschutz verbessern

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern will den Opferschutz verbessern und durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Reintegration von Straffälligen Wiederholungstaten verhindern. Dazu soll unter anderem ein eigenständiges Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit errichtet werden (LandtagsNachrichten berichteten). Ein entsprechendes Gesetz verabschiedeten die Abgeordneten am 16. März. Sitz der Behörde, die am 1. April 2011 ihre Arbeit aufnahm, ist Rostock. Bundesweit erstmalig werden damit unter einem Dach Führungsaufsichtsstellen, Soziale Dienste der Justiz und Forensische Ambulanz vereint. Dadurch soll eine neue Qualität der Zusammenarbeit und eine bessere Kontrolle von Straftätern erreicht werden, hieß es zur Begründung. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur nachträglichen Sicherungsverwahrung käme der Stärkung ambulanter Maßnahmen der Straffälligenarbeit in Zukunft wachsende Bedeutung zu. Das Gesetz trat am 1. April 2011 in Kraft. Ein Änderungsantrag der Linksfraktion zur Evaluierung von Effizienz und Problemen der Aufgabenwahrnehmung wurde abgelehnt.

[Drucksachen 5/3873 und 5/4208](#)

[Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 5/4222](#)

## Verkehrsgesellschaft übernimmt Landesaufgaben

■ Die Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (VMV) wird künftig weitere Aufgaben aus dem Verkehrsministerium übernehmen. So soll die GmbH nun auch Tarife genehmigen und als Beschwerdestelle für Fahrgastrechte fungieren. Das haben die Abgeordneten am 16. März im Landtag beschlossen. Das Land ist alleiniger Gesellschafter der VMV. Die Verkehrsgesellschaft nimmt im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs bereits Aufgaben für das Ministerium wahr.

[Drucksachen 5/3966 und 5/4160](#)

## Lehrer-Referendariat verkürzt

■ Der Landtag hat am 16. März mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP das Schulreformgesetz geändert. Damit wird das Referendariat für angehende Lehrer von 24 auf 18 Monate verkürzt. (vgl. LandtagsNachrichten 2-2011) Das Gesetz gilt ab 1. April. Mit der Verkürzung dieser zweiten Phase der Lehrerausbildung können mehr Referendare eingestellt werden. Dies wird angesichts des abzusehenden Lehrermangels als nötig erachtet. Waren es im Schuljahr 2009/10 noch 340 Referendare, so sind es im laufenden Schuljahr 2010/11 bereits 415. Im kommenden Schuljahr sollen es 493 sein.

[Drucksachen 5/4045 und 5/4207](#)

## Juristische Ausbildung erleichtert

■ Künftig können Jurastudenten in Mecklenburg-Vorpommern das zweite Staatsexamen wiederholen, auch wenn sie die Prüfung bestanden haben. Damit können sie ihre Abschlussnote und damit auch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Dies sei in anderen Bundesländern schon länger üblich, hieß es zur Begründung. Das Parlament hat dafür am 16. März das Juristenausbildungsgesetz novelliert. Der Wiederholungsversuch ist kostenpflichtig, ebenso das Widerspruchsverfahren in Prüfungsangelegenheiten. Ein Änderungsantrag der Linken fand keine Mehrheit im Parlament.

*Drucksachen 5/3792 und 5/4153*

## Gräber von Kriegsoffizieren besser schützen

■ Grabstätten für Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und Vertreibung sollen künftig als Orte des Gedenkens besser geschützt werden. Dies sieht ein Koalitions-Entwurf vor, der am 16. März zur Beratung an den Innenausschuss überwiesen wurde. Damit soll vor allem rechtsextremistischer Propaganda und demonstrativen Aufmärschen ein Riegel vorgeschoben werden, hieß es zur Begründung. Das neue Gesetz soll es den Kommunen erleichtern, Störungen zum Beispiel bei Gedenkveranstaltungen zu unterbinden. So können der Zugang zu den Gräberstätten, aber auch Aktionen außerhalb verboten werden, wenn damit die Würde der Gedenkorte verletzt wird.

*Drucksache 5/4193*

## Finanzierung der Kommunen

### Sondersitzung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

■ Am 4. September 2011 tritt die Kreisgebietsreform in Kraft. Dann gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nur noch sechs Landkreise, die bisher kreisfreien Städte Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald und Wismar werden zu kreisangehörigen Städten, lediglich Rostock und Schwerin behalten ihren kreisfreien Status. Um die Finanzierung der Kommunen an diese neue Struktur anzupassen, hat die Landesregierung dem Landtag am 5. April in einer Sondersitzung den Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vorgelegt.

„Das Land stattet im Rahmen seiner Möglichkeiten die Kreise und Gemeinden ausreichend finanziell aus“, sagte Innenminister **Lorenz Caffier** im Plenum. Die Gesetzesnovelle biete die Gewähr, dass finanzielle Lasten gerecht auf alle Schultern verteilt werden. Die großen kreisangehörigen Städte Wismar, Stralsund, Greifswald und Neubrandenburg würden auch in Zukunft ihrer zentralen Rolle gerecht werden können, gleichzeitig werde die Grundlage gelegt für eine solide Finanzausstattung der neuen Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden. Ein „Rundumsorglopaket“ allerdings werde es weder für das Land noch für die Kommunen geben, betonte der Minister.

Linksfraktionschef **Helmut Holter** warf der Landesregierung vor, ihre Hausaufgaben nicht gemacht zu haben. „Diese Koalition hat zu viel Zeit verstreichen lassen und verschiebt dabei die notwendigen politischen Entscheidungen in die nächste Wahlperiode“, sagte er. Er kritisierte den Gesetzentwurf als nicht aufgabengerecht und mutlos.

Auch **Sigrun Reese** von der FDP kritisierte die kurzfristige



Foto: Jens Büttner

Einbringung der FAG-Novelle. Zudem werde der Entwurf dem Anspruch einer „auskömmlichen und aufgabengerechten“ Finanzausstattung der Kommunen nicht gerecht. „Die vorgelegte FAG-Änderung hat nicht einmal die Strahlkraft einer Haushaltskerze“, sagte sie.

Der SPD-Kommunalexperte **Heinz Müller** verteidigte die Gesetzesnovelle als gute Grundlage für die Beratung in den Fachausschüssen. Sie passe das FAG an die Notwendigkeiten der Kreisgebietsreform an – eine grundlegende Überarbeitung des FAG sei nicht ihre Aufgabe. Der Opposition warf er „Wahlkampfpopulismus“ vor. Die bundespolitische Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen würde bei der Generalkritik an der Finanzsituation der Städte und Gemeinden komplett ausgeblendet.

**Torsten Renz** (CDU) wies den Vorwurf der Opposition, das Land saniere sich auf Kosten der Kommunen, zurück. Es beschwor die Solidargemeinschaft zwischen dem Land und den Kommunen, aber auch innerhalb der kommunalen Familie.

**Stefan Köster** (NPD) nannte die Landesregierung „ziel- und planlos“. Deren „politische Ausblutungspolitik“ würde die Gemeinden und Städte „finanziell strangulieren“ und einer „schleichenden Verödung ganzer Landstriche Vorschub leisten“.

Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen der Linksfraktion und der NPD zur Detailberatung in die Fachausschüsse überwiesen.

*Drucksache 5/4240*

# Debatte zum Umgang mit den Opfern von Krieg und Vertreibung

**NPD-Antrag geschlossen abgelehnt**

■ Mit einem Antrag wollte die NPD-Fraktion am 17. März die Landesregierung beauftragen, sich beim Bund für einen „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung“ einzusetzen. „Bestimmten Leuten“ diene der Holocaust und die deutsche Kriegsschuld zur Verharmlosung dieses Verbrechens, sagte Tino Müller, der den Antrag einbrachte und auch in der Debatte für die NPD sprach. Wie immer würde die NPD Halbwahrheiten verbreiten und Informationen weglassen, „um ein Bild der untätigen anderen Parteien zu zeichnen und sich selbst als Retter der Benachteiligten und Vergessenen darzustellen“, entgegnete der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Wolf-Dieter Ringguth, stellvertretend für die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP. Er warf der NPD vor, durch „diese versuchte Vereinnahmung die Heimatvertriebenen im wahren Wortsinne zu besudeln“. Der NPD-Antrag wurde von den Abgeordneten der SPD, der CDU, der Linken und der FDP geschlossen abgelehnt. LandtagsNachrichten dokumentieren Auszüge aus der Debatte.

**Tino Müller, NPD:**

**„Geschichtsklitterung Einhalt gebieten“**



■ „[...] Die Ihnen vorliegende Antragsbegründung beginnt mit folgendem Abschnitt. Zitat: ‚Das millionenfache Leid der Vertreibung wird auch über 65 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges nur unzureichend in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Über 15 Millionen Deutsche wurden aus ihrer angestammten Heimat vertrieben, über drei Millionen Deutsche kamen dabei zu Tode. Diesem millionenfachen Unrecht gilt es mit einem besonderen Tag zu gedenken.‘ Zitatende.

Ich rufe Ihnen diese Sätze nochmals in Erinnerung, weil sich viele von Ihnen von eben diesem Unrecht an den Heimatvertriebenen bereits geistig verabschiedet haben. Zur regelmäßigen Verharmlosung dieses Verbrechens dient bestimmten Leuten wohlweislich der Holocaust, die deutsche Kriegsschuld, der Überfall auf Polen oder auf die friedliebende Sowjetunion oder am besten gleich alles zusammen.

Dabei hat der Bundesrat in seinem Beschluss vom 11. Juli 2003 in seiner Entschließung unmissverständlich festgestellt, Zitat: ‚Die Tragödie von Deportation, Flucht und Vertreibung von rund 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat in der Folge des Zweiten Weltkrieges zählt zu den folgenschwersten Einschnitten in der Geschichte unseres Volkes überhaupt.‘ [...] Warum also ein normaler Mensch Einwände gegen einen Gedenktag an Flucht und Vertreibung haben soll, erschließt sich mir daher nicht. Wer die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen, den Tod von

## Anmerkung

Die Redebeiträge der Abgeordneten in der Plenardebatte am 18. März wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurde die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Da der CDU-Abgeordnete Wolf-Dieter Ringguth für die vier demokratischen Fraktionen CDU, SPD, DIE LINKE und FDP die Ablehnung des NPD-Antrages begründete, standen ihm in der Debatte die Redezeit und in den LandtagsNachrichten das Platzkontingent dieser vier Fraktionen zur Verfügung.

Die gesamte Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen: [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de) (Plenarprotokollauszüge)

Antrag der NPD-Fraktion:  
Drucksache 5/4188

drei Millionen deutschen Flüchtlingen, verursacht von den Schlächtern der Roten Armee, als Völkerwanderung darstellt, hat jeden Anspruch auf Moral, Gerechtigkeit und Glaubwürdigkeit verspielt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Unerhört!)

[...] Verbrechen an Deutschen werden auch durch bewusstes Verschweigen oder angeordnetes Vergessensollen nicht ungeschehen gemacht. Auch um dem skrupellosen Treiben der Geschichtsklitterung Einhalt zu gebieten, wäre die Schaffung eines Gedenktages, wie wir ihn fordern, dringend geboten. Die Einführung eines Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung sollte daher von Ihnen breiteste Unterstützung erhalten [...]"

**Wolf-Dieter Ringguth, CDU:**

## „Sie wollen Hetze, Gewalt und gespenstische Märsche als aufrichtiges Gedenken verkaufen“



■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der vier demokratischen Fraktionen dieses Hauses spreche ich heute zu dem von der NPD-Fraktion vorgelegten Antrag mit der Überschrift, und ich zitiere jetzt sehr sorgfältig: „Nationaler Gedenktag für die Opfer der Vertreibung einfordern!“ Bereits jetzt kündige ich an, dass die Abgeordneten meiner Fraktion sowie die Abgeordneten der Fraktion der SPD, die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE

*(Michael Andrejewski, NPD:  
Die Blockabgeordneten.)*

und der Fraktion der FDP diesen Antrag ablehnen werden. Weshalb dies geschehen wird, möchte ich im Namen der Kolleginnen und Kollegen begründen.

Meine Damen und Herren, ich habe gerade bewusst betont, dass ich die Überschrift des Antrages sehr sorgfältig zitieren würde, weil ich vermeiden möchte, am Ende für den Grammatikfehler derjenigen in Haftung genommen zu werden, die sich über die Umbenennung der eigenen Partei in „NPD – Die Volksunion“ offenbar dermaßen ärgern, dass sie keine Gelegenheit, aber wirklich keine Gelegenheit auslassen, sich selbst immer wieder zu versichern, „Nationalisten“ oder aber eben besonders „national gesinnt“ zu sein.

*(Tino Müller, NPD: Sind wir ja auch.)*

Offenbar passiert dies mit ordentlich Wut

im Bauch und manchmal auch mit Schaum vor dem Mund, weil Sie, meine Herren am Fenster, sich so sehr darüber ärgern, dass Ihnen erst kürzlich eine Mehrheit in der eigenen Partei den Namenszusatz „Die Nationalen“ ja genommen hat. Und deshalb passieren Ihnen so peinliche Fehler wie der soeben beschriebene.

[...]

Deshalb ist [...] dieser vermeintlich kleine Fehler, mag der eine oder andere denken, aber er wirft ein bezeichnendes Licht auf die NPD-Fraktion dieses Hauses, denn wieder einmal versuchen die in diesem Haus vertretenen Rechtsextremisten, die sich in Reden als – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – „national“ und „sozialistisch“ bezeichnen, mit einem Antrag zwei Dinge zu erreichen, und zwar einerseits soll und – ich betone – muss diese Partei offensichtlich angesichts des bevorstehenden Landtagswahlkampfes den Mitgliedern der sogenannten Kameradschaften gewissermaßen die Köpfchen streicheln, die harten Jungs fürs Grobe brauchen nämlich ab und zu schlicht diese Form von Zuneigung und deshalb sollen sie spüren, die Herren von den Kameradschaften, dass die NPD nach wie vor Sachwalter der sogenannten „nationalen Sache“ ist,

*(Michael Andrejewski, NPD:  
Wo haben Sie Ihre Analysen her?)*

denn die erwähnte Umbenennung der Partei macht den Strategen der NPD auch hier in Mecklenburg-Vorpommern richtig Sorge. Nämlich es geht die Angst um, dass die frei organisierten Neonazis der Partei

die Unterstützung im Wahlkampf versagen könnten. Und auf diese Unterstützung ist die finanziell ausgelagte Partei nach der Materialschlacht, die es ja ohne Zweifel gegeben hat in Sachsen-Anhalt, auf diese Unterstützung sind Sie angewiesen.

*(Tino Müller, NPD: Sprechen  
Sie doch mal einfach zum Thema! –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

Ich lasse mir ausreichend Zeit, um zum Thema zu reden. Warten Sie ruhig ab! Wer kann also schon wissen, ob zum Beispiel der Kamerad Pastörs sich erneut erweichen lässt und der Partei auch für den hiesigen Wahlkampf genügend Kredit gewährt.

Und deshalb erleben wir im Grunde von Anbeginn, und zwar seit dem Einzug der NPD in diesen Landtag im Herbst 2006, immer wieder Anträge dieser Art. Die Fraktion stellt Anträge und beteiligt sich an Debatten mit Redebeiträgen, die letztlich immer ein und dasselbe wollen, nämlich die Geschichte insgesamt und hier aber insbesondere natürlich die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und die damit verbundene Kriegsschuld

*(Michael Andrejewski, NPD:  
Zu korrigieren.)*

einfach umdeuten, ja, wie Sie sagen, korrigieren sollen.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)*

Historische Wahrheit soll verdreht werden, und zwar zur Freude des rechtsextremistischen Anhangs.

Dass dabei immer wieder ernstzunehmende Anliegen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und vor allem während des Kriegs erlittenes Leid – und das ist das Perverse – für die eigenen Zwecke auf so billige und effekthascherische Art und Weise ausgeschlachtet werden, das belegt mal wieder der Antrag von heute in sehr klarer Art und Weise.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Und darauf werde ich gleich auch noch einmal sehr genau eingehen.

Aufmerksam machen möchte ich hier jedoch zunächst darauf, dass die NPD-Fraktion mit Anträgen wie dem heutigen etwas sehr Schlimmes versucht, nämlich den Menschen im Land den Eindruck zu erwecken, die Vertreter der demokratischen Parteien seien bezogen auf bestimmte Themen entweder bewusst oder unbewusst untätig – das haben Sie, Herr Müller, eben gerade wieder gemacht – oder vielleicht sogar uninteressiert.

*(Stefan Köster, NPD: Sind Sie doch.)*

Und dann werden eben absichtlich wie immer Halbwahrheiten verbreitet, Informationen weggelassen, um das Bild der untätigen anderen Parteien zu zeichnen und sich selbst als Retter der Benachteiligten, der Entrechteten und Vergessenen darstellen zu können.

*(Michael Andrejewski, NPD: Wo ist denn der Gedenktag?)*

## Bundesrat

11.07.2003

Der Bundesrat hat am 11. Juli 2003 eine Entschließung verabschiedet, mit der die Bundesregierung aufgefordert wurde, den 5. August zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung“ zu bestimmen. Am 5. August 1950 wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet. Sie enthielt neben der Absage an jegliche Gewalt und dem Bekenntnis zum Wiederaufbau und zum Recht auf Heimat bereits damals die Vision eines geeinten Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Die Tragödie von Deportation, Flucht und Vertreibung von rund 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat in der Folge des II. Weltkriegs zähle zu den folgenschwersten Einschnitten in der Geschichte des deutschen Volkes überhaupt. Vertreibungen gehören jedoch nicht der Vergangenheit an. Sie geschehen auch heute in nahen und fernen Regionen dieser Welt, so die Begründung des Bundesrates. Bundesrats-Drucksache 460/03

Auf diese Art und Weise versucht die NPD wieder und wieder, ihren zutiefst demokratiefeindlichen Kern nämlich eigentlich zuzudecken. Das ist das Thema, um für breitere Bevölkerungsgruppen so als vermeintlich normale und damit ja auch wählbare Partei dazustehen. Populistisch werden dann Themen aufgegriffen und über Anträge in diesem Hohen Haus zum Thema gemacht, die eine vermeintliche Kümmerkompetenz –

*(Stefan Köster, NPD: Nur die CDU ist die wahre Partei.)*

das ist ja Ihr Thema, Ihre Kümmerkompetenz – der Rechtsextremisten und Demokratiefeinde sozusagen vortäuschen sollen.

*(Stefan Köster, NPD: Sie sind ja der wahre Gott.)*

Mal geht es um Ostseefischer, beim nächsten Mal geht es um Hartz-IV-Empfänger oder es sollen –

*(Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

so wie heute – die Interessen der deutschen Heimatvertriebenen ausgerechnet vor den Karren der NPD gespannt werden. Und dass Sie das tun, dass Sie das tun, um die Heimatvertriebenen durch diese versuchte Vereinnahmung im wahren Wortsinne zu besudeln, das nehme ich Ihnen auch ganz persönlich übel. Und ich sage Ihnen auch, warum. Ich bin das Kind von Flüchtlingen, von Vertriebenen.

*(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

Und mein Vater ist mit seiner gesamten Gymnasialklasse als knapp 16-Jähriger aus Königsberg, wo er damals lebte, nach Leuna-Merseburg gegangen. Er erzählte mir dann, das erste Mal ist er wirklich sehr nachdenklich geworden, als mit einem Angriff auf diese Stellung die Hälfte seiner Klasse, alles Jungs, und der Lehrer tot waren. Er hat seine Heimat, er hat seine Heimatstadt Königsberg nie wiedergesehen.

*(Stefan Köster, NPD: Das geht vielen so.)*

Und meine Mutter hat bis zum zehnten Lebensjahr im damaligen Hinterpommern gelebt. Und es war ganz offensichtlich, was sie bei Flucht und Vertreibung an Schlimmem erlebt hat, das hat sie zeitle-

bens so sehr traumatisiert, dass sie ganz lange darüber auch zu uns Kindern überhaupt nicht sprechen konnte. Das tat sie erst kurz vor ihrem Tode. Und auch wenn meine Eltern nicht mehr leben, sie hätten mir jetzt gesagt: Sag diesen Herren, sag diesen unsäglichen Herren, dass alles Leid, das sie damals als junge Leute erleben mussten, eine Ursache hatte.

*(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

Und dass die Ewiggestrigen diese Ursache immer wieder verneinen, das, hätten meine Eltern gesagt, ist ekelhaft, meine Herren.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)*

Und auch ich sage Ihnen, dass nun ausgerechnet die NPD, eine Partei, die die Zeit des Nationalsozialismus nach wie vor glorifiziert und die für immer damit verbundenen Verbrechen immer wieder zu relativieren versucht, sich zum Anwalt nun ausgerechnet der deutschen Heimatvertriebenen aufzuschwingen versucht, das ist unglaublich.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)*

Im Namen aller demokratischen Mitglieder dieses Hauses nenne ich Ihr Verhalten, meine Herren von der NPD, einfach nur schäbig.

*(Stefan Köster, NPD: Schauen Sie mal in den Spiegel!)*

Und deutlich sage ich an dieser Stelle, dass ich in dieser Frage die Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und Landesvorsitzende des hiesigen Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen, nämlich dich, Frau Renate Holznaegel, an meiner Seite weiß.

*(Michael Andrejewski, NPD: Na klar, ist ja eine Partei.)*

Meine Damen und Herren, wieder einmal ist das Vorgehen der NPD-Fraktion allzu durchsichtig. Der Antrag zielt auf Effekthascherei und er offenbart eine beinahe schon erschreckende Unkenntnis, denn die NPD tut so, als ob sich seit Jahren niemand für einen Gedenktag für die Opfer von Ver-

treibung interessiere. Das haben Sie, Herr Müller, eben gerade wieder gesagt.

Und, meine Herren am Fenster, Sie sind wieder mal nicht auf der Höhe der Zeit. Das Gegenteil dessen, was Sie die Menschen glauben machen wollen, ist nämlich richtig. Der Deutsche Bundestag hat zu der Frage zuletzt am 10. Februar 2011, also ganz aktuell, diskutiert und im Ergebnis die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, wie dem Anliegen der Initiative des Bundesrates Rechnung getragen werden kann, den 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erheben, also ganz aktuell. Dieser Mehrheitsbeschluss kam nach einer Debatte zustande, in der im Detail natürlich sehr unterschiedliche Ansichten der im Bundestag vertretenen Parteien zum Thema deutlich wurden. Und ich sage das selbstbewusst, und zwar in dem Sinne, dass zum Wesen der Demokratie eben Vielfalt von Meinungen gehört.

Wahr ist, dass der Antrag der Koalition mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP verabschiedet wurde. Wahr ist auch, dass es einen Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen gab, der dann keine Mehrheit fand. Und wahr ist ebenfalls, dass auch SPD und DIE LINKE nicht mit Kritik an dem vorgelegten Antrag und der am 5. August 1950 in Stuttgart verabschiedeten Charta der deutschen Heimatvertriebenen gespart haben.

Aber, und dies ist wichtig hervorzuheben, ausnahmslos alle Fraktionen waren sich in zwei aus meiner Sicht ganz entscheidenden Punkten einig: nämlich erstens, dass Gedenken an die Opfer von Vertreibung allein im Geist der Versöhnung möglich ist und – das ist der große Unterschied zu Ihnen – dass niemals die Ursache des Leidens der deutschen Heimatvertriebenen vergessen werden darf. [...]

Trotz aller Unterschiedlichkeit – was uns eben eint als Einwohner eines Bundeslandes, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg Hunderttausende Vertriebene eine neue Heimat gefunden haben, sage ich stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen ganz deutlich: Wir in Mecklenburg-Vorpommern, wir wissen nur zu gut um das Leid der deutschen Heimatvertriebenen. Aber wir wissen eben auch um dessen Ursache. [...]

Nein, meine Damen und Herren von der NPD, wir lassen Ihnen weder die Verharmlosung der Gräueltaten des Nationalsozialismus durchgehen, und in der Tat, das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir werden Ihnen auch nicht durchgehen lassen, dass Sie den Menschen im Land Hetze, Gewalt und auch gespenstische Märsche als aufrichtiges Gedenken verkaufen wollen. [...]

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das noch mal an einem Beispiel erläutern. Wir alle erinnern uns doch noch gut daran, dass der NPD-Abgeordnete Tino Müller im November 2006 eine Kleine Anfrage eingereicht hat, in der er einen Teil des Staatsgebietes der Republik Polen als – ich zitiere aus eben dieser Kleinen Anfrage – „von Polen verwalteten Teil von Pommern“ bezeichnet hat. Die Landtagspräsidentin hatte daraufhin die betreffende Frage für unzulässig erklärt, und dies geschah unter Hinweis darauf, dass diese Frage geltendem Völkerrecht widersprechen würde

*(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)*

und im Übrigen geeignet sei, das friedliche Zusammenleben des polnischen und des deutschen Volkes zu stören. Um es ganz deutlich zu sagen, Tino Müller aus dem Uecker-Randow-Kreis hatte auf drei Zeilen, und zwar so ganz nebenbei, die deutsch-polnische Grenze und damit das geltende Völkerrecht einfach für nichtig erklärt.

*(Michael Andrejewski, NPD: Das kann man auch wieder verändern.)*

Sicher, dies geschah auf dem Papier und wurde zu Recht von der Landtagspräsidentin damals sanktioniert. Das Vorgehen, Herr Müller, Ihr Vorgehen, macht aber klar, wes Geistes Kind Sie sind und, wenn man Sie denn liebe, Herr Müller, [...] was Sie denn wohl auf den Weg bringen wollen. Herr Müller und die NPD wollen nämlich eines, ganz schlicht, nämlich die Verschiebung einer Staatsgrenze. [...] Und sie sind nicht bereit, die Geschichte und damit auch das Ergebnis des furchtbaren und von Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieges überhaupt jemals anzuerkennen. Das hat jede Ihrer Reden hier klagemacht [...]. Und die Menschen im Land, meine Damen und Herren, die sollen aber davon erfahren,

*(Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

wohin solche Äußerungen der NPD am Ende führen, so sie konsequent wirklich zu Ende gedacht werden, denn die NPD selbst sagt das freiwillig natürlich nie, weil sie weiß, dass sie dies, wenn sie es so sagen würden, genau in Misskredit bei den Menschen bringen würde, deren Stimme sie aber morgen bei irgendeiner Wahl haben wollen.

Und, Herr Müller, ich frage Sie deshalb mal von diesem Platz, ich frage Sie ganz deutlich: Wie, und ich wiederhole es noch mal, wie soll es denn erreicht werden? Wie wollen Sie denn erreichen, was Sie zum Beispiel in der zurückgewiesenen Kleinen Anfrage zum Ausdruck bringen, in der Sie Teile von Polen als von Polen verwaltete Gebiete Pommerns beschreiben? Wollen Sie in Polen einmarschieren?

## Bundestag

15.12.2010

Antrag der CDU/CSU und FDP „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“ auf Drucksache 17/4193

26.01.2011

Beratung des Antrages im Ausschuss für Kultur und Medien (federführend) sowie im Auswärtigen Ausschuss, Innenausschuss, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung, Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und im Haushaltsausschuss (mitberatend) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 17/4651

08.02.2011

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/4693

10.02.2011

90. Sitzung des Deutschen Bundestages:  
Ablehnung des Änderungsantrages auf Drucksache 17/4693  
Annahme der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4651  
Annahme des Antrags auf Drucksache 17/4193

Wollen Sie vielleicht sagen, wir wollen Krieg? Oder wollen Sie, um jetzt den Kreis sozusagen zu diesem Antrag zu schließen, wollen Sie erneut Vertreibung? Dann sagen Sie doch den Menschen, wohin es führt – und wenn Sie es nicht tun, werden wir es machen –, wohin es führt, wenn Sie und Ihre zahlreichen vorbestraften Freunde in der NPD und den sogenannten Kameradschaften auch nur einen Funken Macht bekommen würden, wohin das führen würde. Wir werden Sie zwingen, meine Herren, Farbe zu bekennen. [...]

Meine Damen und Herren, zum Ende der Rede möchte ich deshalb – wie auch andere Kollegen aus anderen Fraktionen in der Vergangenheit – noch einmal deutlich machen, dass es der NPD-Fraktion mit ihren Anträgen genau wie mit dem heutigen eben genau nicht um das darin beschriebene Anliegen geht. Darum geht es überhaupt nicht. [...]

Die Rechtsextremisten von der NPD wollen mit allem, was sie tun, Engagement vortäuschen und zugleich ablenken von sich selbst – Rechtsextremisten, die, wie wir alle wissen – und auch ich werde nicht müde, dies immer wieder den Menschen auch im eigenen Land zu berichten –, mehrheitlich mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind und vor deutschen Gerichten auch dafür bestraft wurden.

Und wieder wollen Sie, meine Herren von der NPD, davon ablenken, dass zum Beispiel Ihr Landesvorsitzender der NPD, Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Herr

Stefan Köster, [...] rechtskräftig wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt worden ist, weil er auf eine am Boden liegende Frau eingetreten hat. Das wollen Sie vergessen machen, Herr Köster.

Und mein Kollege, der ehemalige Innenminister unseres Landes Herr Dr. Timm, hat vor wenigen Monaten zu Recht darauf hingewiesen, dass die NPD kein Problem mit schweren und gemeingefährlichen Straftätern in den eigenen Reihen hat, seien es führende Kader, Mitglieder, Mitarbeiter oder Mitglieder von sogenannten Kameradschaften.

*(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

Ich möchte an dieser Stelle auch daran erinnern, dass der derzeitige NPD-Spitzenkandidat zum Beispiel in Sachsen-Anhalt, also jetzt ganz aktuell,

*(Stefan Köster, NPD: Wo sind die Beweise, Herr Ringguth?)*

dass dieser Spitzenkandidat aus Sachsen-Anhalt laut einem Bericht des Berliner „Tagesspiegels“ ganz aktuell von vorgestern, vom 16. März 2011, im Verdacht steht, im Internet eine Anleitung zum Bombenbauen verbreitet zu haben.

*(Stefan Köster, NPD: Wo sind die Belege, die Beweise?)*

Das spricht Bände [...]

Und der NPD, meine Herren, tut es einfach weh,

*(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

wenn solche Dinge auch öffentlich bekannt gemacht werden, weil es nämlich Wähler abschrecken könnte. Und wohl deshalb wird der besagte Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt auch nicht müde, immer wieder zu behaupten, dass Medien und Vertreter der demokratischen Parteien die NPD immer böswillig in eine Naziecke abstellen würden. Mit einem Blick in Richtung Fenster sage ich dazu nur: Niemand, niemand, wirklich niemand muss die NPD in diese Ecke stellen. Denn das tun Sie wunderbar,

*(Stefan Köster, NPD: Machen wir schon selber.)*

genau, Herr Köster, das tun Sie wunderbar

*(Stefan Köster, NPD: Sie sind ein schöner Märchenerzähler.)*

und immer wieder selbst.

*(Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

Und dass für den Parlamentarischen Geschäftsführer der NPD-Fraktion – also für Sie, Herr Köster, ich sprach ja soeben davon, auch für einen verurteilten Straftäter, der Sie sind – die Mitglieder der Waffen-SS, für Sie sind das ja offenbar Helden, das ist auch an Deutlichkeit, meine Damen und Herren, nicht zu überbieten, das hatten wir gerade, das sind für Sie Helden.

## Über die Verantwortung der Politiker

### Ökumenische Andacht mit Landesrabbiner William Wolff

Traditionell beginnt der Landtag die Plenarsitzungswoche mit einer ökumenischen Andacht – üblicherweise in der Schweriner Schlosskirche, zurzeit wegen der Sanierung des Gotteshauses im früheren Besucherraum des Landtages. Am 16. März wurde diese Andacht von Landesrabbiner William Wolff gehalten. Wolff, der die jüdischen Gemeinden in Schwerin, Rostock und Wismar betreut, dankte dem ersten Landtagspräsidenten Rainer Prachtl dafür, dass er die Tradition der ökumenischen Andachten im Landtag begründet hat.

Gegenstand seiner Worte war die Klasse der Politiker. Er zitierte Kapitel 16 aus dem 5. Buch Mose: „Der Gerechtigkeit [und nur] der Gerechtigkeit sollst du nachjagen“. Viel Dummes, was oft über Politiker gesagt werde, stimme nicht, betonte Wolff, der in seiner langjährigen journalistischen Tätigkeit in London das britische Parlament beobachtet hat. Er habe großen Respekt vor der Verantwortung, die die Landespolitiker für mehr als anderthalb Millionen Menschen tragen. „Verantwortung bedarf immer der Auseinandersetzung mit dem Schicksal anderer Menschen“, betonte der 85-Jährige. Über die Verantwortung habe die deutsche Geschichte mehr Lehren anzubieten als die Geschichte vieler anderer Völker.



William Wolff

Foto: Claudia Richter

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, nein, – noch einmal – niemand muss Sie in die Naziecke oder in die rechte Ecke stellen. Die Partei, Sie selbst, Sie haben sich dort hingestellt und Sie fühlen sich offenbar in dieser Ecke auch noch ganz wohl.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ihre Hetze, meine Herren der NPD-Fraktion, atmet nicht nur den Geist des Na-

tionalsozialismus, nein, nach allem, was man hört, auch in diesem Land, arbeiten Sie und schulen Sie sich mit originalem NSDAP-Material. Und das geschieht hier in Mecklenburg-Vorpommern und wahrscheinlich auch in Sachsen-Anhalt.

(Stefan Köster, NPD: Hier im Landtag sogar.)

Meine Damen und Herren, für die demokratischen Fraktionen, für uns erkläre ich,

**Tino Müller, NPD:**

**„Das eigene Volk belogen und betrogen“**



■ „[...] Allein im von Polen und Russen besetzten Ostpreußen kamen in den Jahren 1945 bis 1948, also nach Kriegsende, weitere über Hunderttausend Menschen, besonders Frauen, Kinder, Kranke und Alte, unter brutalsten Umständen zu Tode. Hierzu noch mal Heinz Schön, Zitat: ‚Es waren nicht die Deutschen, die diese Verbrechen verübten, sondern die zu den Siegern gehörenden Soldaten der Roten Armee, die zu Tätern wurden.‘ Zitatende. Und hier noch einmal DIE LINKE im Originalton. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion (im Bundestag, d.R.) Ulla Jelpke nannte die Flucht und Vertreibung am 05.08.2010 wörtlich – Zitat –: ‚die Aussiedlung der Deutschen aus den Staaten Osteuropas‘. Zitatende.

(Irene Müller, DIE LINKE:

Das ist kein Originalton. –

Stefan Köster, NPD: Das ist eine Schande für Kommunisten.)

Zynischer und widerwärtiger kann man über den Massenmord an Deutschen,

kann man über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten deutschen Heimat nicht mehr reden. [...]

Wir erinnern uns an die Entschließung des Bundesrates. Jedes Unrecht ist für sich alleine zu bewerten. In den 50er- und 60er-Jahren, als die Heimatvertriebenen ihre Erklärung abgaben, warben SPD, CDU und FDP nicht nur auf Wahlplakaten mit Parolen wie: ‚Das ganze Deutschland soll es sein‘, oder auch mit: ‚Verzicht ist Verrat‘. Alles andere wäre von der Erlebnisgeneration auch nicht akzeptiert worden. Allesamt haben diese Parteien damals wie heute das eigene Volk nach Strich und Faden belogen und betrogen. [...]

Man weiß nicht, was einen hier mehr anwidern soll, die Verlogenheit der in der BRD noch staatstragenden Parteien SPD, CDU und FDP oder doch die Umsiedlungsrhetorik jener, die für die damaligen Verbrechen der Roten Armee offenbar nur allzu gerne noch heute geistige Beihilfe leisten wollen. [...]

und zwar für das Protokoll, erneut, dass wir den Antrag auf Drucksache 5/4188 ablehnen werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

### **Die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung**

wurde am 30. Dezember 2008 als unselbstständige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. Träger ist das Deutsche Historische Museum Berlin. Zweck der Stiftung ist es, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wachzuhalten. Flucht und Vertreibung der Deutschen werden eingebettet in den Kontext europäischer Vertreibungen im 20. Jahrhundert dargestellt.

#### **Der Erfüllung dieses Zweckes dienen insbesondere:**

- die Errichtung, Unterhaltung und Weiterentwicklung einer Dauerausstellung zu Flucht und Vertreibung;
- die Erarbeitung von Wechselausstellungen zu speziellen Aspekten der Gesamthematik;
- die Vermittlung von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen an eine breitere Öffentlichkeit;
- die Sammlung und wissenschaftliche Auswertung einschlägiger Unterlagen und Materialien, insbesondere von Zeitzeugenberichten;
- die Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Museen und Forschungseinrichtungen.

Der Stiftungsrat und der Direktor der Stiftung werden durch einen unabhängigen wissenschaftlichen Beirat fachlich begleitet. Ihm gehören 15 Experten aus Deutschland, Polen, der Schweiz, Ungarn und den USA an. Das Fachgremium wählte Prof. Dr. Stefan Troebst (Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig) zum Vorsitzenden und Prof. Dr. Joachim Scholtzsek (Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn) zum stellvertretenden Vorsitzenden.  
[www.sfvv.de](http://www.sfvv.de)



Mitglieder der für Europafragen zuständigen Ausschüsse der Landtage Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns, in der Mitte die Vorsitzenden Detlef Müller (MV) und Bernd Voß (SH).

Foto: Georg Strätker

## Kooperation

### Erste gemeinsame Sitzung der Europa-Fachausschüsse

■ **Der Maritime Cluster Norddeutschland, die EU-Ostsee-Strategie sowie die Beteiligung von Landesparlamenten in europäischen Angelegenheiten – diese und weitere Themen einer Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein standen auf der Tagesordnung einer gemeinsamen Beratung der für Europapolitik zuständigen Fachausschüsse beider Landesparlamente, die am 2. März in Kiel stattfand.**

Parlamentarische Premiere ohne Vorhang: Nach über 20 Jahren gemeinsamer bundesdeutscher Geschichte haben der Europa-ausschuss des Landtages Schleswig-Holstein und der Europa- und Rechtsausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern am 2. März die erste gemeinsame Sitzung durchgeführt.

Intensiv beraten wurde u. a. zum Maritimen Cluster Norddeutschland, zur EU-Ostsee-Strategie sowie zu der Beteiligung von Landesparlamenten in europäischen Angelegenheiten. Im Mittelpunkt stand der Erfahrungsaustausch im Hinblick darauf, inwieweit sich die Länderparlamente, gegebenenfalls auch gemeinsam, verstärkt auf europäischer Ebene einbringen können. Der Vorsitzende des hiesigen Europa- und Rechtsausschusses, **Detlef Müller**, äußerte sich im Anschluss an die Sitzung: „Aus meiner Sicht muss sich jedes Landesparlament noch stärker als bisher in Bezug auf Europa aufstellen. Mit Interesse nehmen wir zur Kenntnis, dass immer mehr Landtage vor Ort in der „europäischen Hauptstadt“ präsent sind. Noch im März werden wir gemeinsam mit Vertretern des Finanzausschusses unsere Kontakte in Brüssel vertiefen.“

Der Umgang der Landtage mit den europäischen Subsidiaritätsfrühwarndokumenten, durch die eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente in europäische Gesetzgebungsverfahren erreicht werden soll, wurde ebenfalls thematisiert.

Vertieft wurde das Thema „Norddeutsche Zusammenarbeit“ an einem konkreten Beispiel – dem „Maritimen Cluster Norddeutschland“. Hier arbeiten Unternehmen der maritimen Wirtschaft zusammen, derzeit noch ohne Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns. Doch erste Kontakte des Landes wurden im

Zusammenhang mit den Beratungen hergestellt. Außerdem berichtete der Vorsitzende der zur „Norddeutschen Zusammenarbeit“ im Kieler Landtag eingesetzten Enquetekommission aus deren Beratungen. Dazu erklärte **Detlef Müller**: „Die parlamentarische Premiere der Europa-ausschüsse ist gelungen. Mit unserer Sitzung haben wir einen Anstoß gegeben, in der Praxis noch mehr Konkretes zu erreichen. Wir sollten an der Zugabe arbeiten und den Erfahrungsaustausch mit den Kieler Kolleginnen und Kollegen fortsetzen – das nächste Mal in Schwerin.“

## EU-Kontakte

### Delegation des Landtages zu Gesprächen in Brüssel

■ **Unter der Leitung der Vorsitzenden des Finanzausschusses, Birgit Schwebs, vertiefte eine Delegation aus Finanz- und Europapolitikern des Landtages vom 21. bis 23. März die Kontakte, die der Finanzausschuss bereits im vergangenen Jahr in Brüssel geknüpft hatte.**

Aktuelle Fragen der europäischen Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik standen im Mittelpunkt des dicht gedrängten Programms mit Gesprächen, Diskussionen und Vorträgen.

So befassten sich die Abgeordneten unter anderem mit dem EU-Haushalt und verschiedenen Reformbestrebungen, beispielsweise der Besteuerung des Finanzsektors oder der Einführung einer EU-Mehrwertsteuer.

Die Schwerpunkte des Arbeitsbesuches lagen aber in diesem Jahr bei der Vorausschau auf den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2014 und die damit zusammenhängenden Fragen zur künftigen Ausrichtung der Förderung bestimmter Politikbereiche in den Mitgliedstaaten. Zu diesen Bereichen gehören beispielsweise Landwirtschaft, Verkehr, Energieversorgung und -einsparung und nicht zuletzt die Kohäsionspolitik, die darauf abzielt, die Wirkungen ungleicher wirtschaftlicher Entwicklungen reicherer und ärmerer Regionen in der EU auszugleichen. Auch Mecklenburg-Vorpommern hat bislang von der Kohäsionspolitik profitiert und viel Geld von der EU erhalten.

Da das Land nun künftig nicht mehr zu den vorrangig zu för-



Mitglieder der Landtagsdelegation vor der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission.

dernden Regionen in der EU zählen wird, werden derzeit Überlegungen zu Übergangsregelungen angestellt, mit denen der Mehrwert und die Nachhaltigkeit der bislang im Land getätigten Strukturförderungen gesichert werden können. Bei den Gesprächen mit Mitgliedern des Europäischen Parlamentes, mit einem Mitglied des Kabinetts für Finanzplanung und Haushalt, mit dem Direktor der Generaldirektion Regionalpolitik der EU sowie mit dem ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Botschafter Peter Tempel, wurde eines ganz deutlich: wie wichtig Europa für Mecklenburg-Vorpommern und seine Menschen ist!

Abgerundet wurde der Arbeitsbesuch der Abgeordneten durch einen Besuch beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss EWSA und beim Informationsbüro des Landes bei der EU.

## Vom Wasser auf die Straße?

**Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz beriet in Stockholm**

■ **Wie wirkt sich die Verschärfung der Schwefelemissionsgrenzwerte in Schiffsbrennstoffen auf die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft aus? Hat das eventuell zur Folge, dass Gütertransporte vom Wasser wieder auf die Straße verlagert werden? Diese und weitere Fragen standen auf der Agenda einer Sitzung der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz am 24. März in Stockholm. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde von Jochen Schulte, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und Leiter der Arbeitsgruppe, vertreten.**

Die fünfte Arbeitsgruppensitzung stand unter dem Titel „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft“. Rund 40 Vertreter und Mitarbeiter der nationalen und regionalen Parlamente Schwedens, Norwegens, Deutschlands, Litauens, der Åland Inseln, der Russischen Föderation sowie des Nordischen Rates und der Baltischen Versammlung trafen im schwedischen

Reichstag zusammen, um sich von nationalen und internationalen Experten über Themen wie die ökonomischen Auswirkungen der Ausweisung der Ostsee als Schwefelemissionskontrollgebiet (SECA), Ölhaftungsfonds, Havariebekämpfungskapazitäten, Ko-Modalität (Integration und Zusammenarbeit verschiedener Verkehrsträger) sowie Maritime Raumplanung informieren zu lassen und politische Konsequenzen zu diskutieren.

Im Mittelpunkt stand die Verschärfung der Schwefelemissionsgrenzwerte in Schiffsbrennstoffen im Rahmen des Internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (Marpol-Abkommen). Experten des Verbandes Deutscher Reeder sowie der IHK-Nord äußerten sich besorgt zu den Ergebnissen einer aktuellen deutschen Studie zu den Auswirkungen der für das Jahr 2015 vorgesehenen Verschärfung der Grenzwerte von 1,5 auf 0,1 Prozent in Nord- und Ostsee. Befürchtet werden dramatische wirtschaftliche Auswirkungen für die Schifffahrt und die Verlagerung von Verkehren von der See auf die Straße. Vorsitzender **Jochen Schulte** erklärte: „Nach Ansicht von Sachverständigen drohen allein für Deutschland jährlich 188 Millionen mehr gefahrene Kilometer im Güterverkehr auf der Straße. Das ist weder verkehrs- noch umweltpolitisch sinnvoll. Wir müssen versuchen, ostseeweit eine gemeinsame Position zu entwickeln, die wir wirksam gegenüber den zuständigen internationalen Gremien vertreten können.“ Die Mitglieder der Arbeitsgruppe verständigten sich darauf, hierzu in ihrem Abschlussbericht und in ihren Empfehlungen an die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz, die vom 28. bis 20. August 2011 in Helsinki stattfinden wird, Stellung zu nehmen.

Auch der Vorsitzende der Expertengruppe „Maritime Politik“ der Regierungen im Ostseeraum (CBSS, Ostseerat), Lars Almklov, nahm an den Stockholmer Beratungen teil. Zusammen mit der entsprechenden Arbeitsgruppe der Organisation der Subregionen des Ostseeraumes ist eine Veranstaltung anlässlich des Europäischen Tages der Meere am 20. Mai 2011 in Danzig geplant, um gemeinsame Interessen sichtbar zu machen und zu befördern. Jochen Schulte äußerte sich im Anschluss an die Sitzung: „Durch einen intensiveren Austausch und koordiniertes Vorgehen können wir effizienter werden und Handlungsfähigkeit beweisen – etwas, was auf internationaler Ebene nicht immer üblich ist.“

Die Abschlussitzung der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ findet am 20. und 21. Juni 2011 in Schwerin statt.



Fotos: Dirk Lange

Die Landtags-Delegation von der Knesset, dem israelischen Parlament in Jerusalem. Der siebenarmige Leuchter (Menora) ist eines der wichtigsten religiösen Symbole des Judentums und wurde bei der Staatsgründung Israels in das Staatswappen aufgenommen. v.l. Dr. Klaus-Michael Körner, Regine Lück, Armin Tebben, Hans Kreher, Wolf-Dieter Ringguth, Sylvia Bretschneider, Dr. Armin Jäger, Renate Holznagel, Dr. Gottfried Timm, Detlef Müller, Gino Leonhard.

## Schalom Israel

### Ältestenrat des Landtages zu Besuch im Nahen Osten

■ Eine Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern unter Leitung von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hat vom 20. bis 27. März 2011 Israel bereist. Die Abgeordneten der vier demokratischen Fraktionen besuchten in Jerusalem das Parlament des israelischen Staates, die Knesset, und sprachen dort mit dem Parlamentarier Yaakov Edri (Fraktion Kadima, 28 Sitze), dem Vorsitzenden der deutsch-israelischen Freundschaftsgruppe, sowie mit Dr. Einat Wilf, Politikerin der Fraktion Atzma'ut (Abspaltung der Arbeitspartei, 5 Sitze), über die Beziehungen beider Staaten zueinander. Auch zur politischen Lage im 7,7 Millionen Einwohner zählenden Israel tauschten sich die Abgeordneten aus und erlebten noch am selben Tag sehr unmittelbar, wie aktuell und auch kompliziert sich diese darstellt. Das seit Jahren erste Bombenattentat in Jerusalem am 23. März und die Reaktionen darauf führten allen Delegationsmitgliedern die Schwierigkeit des Friedensprozesses in der Region vor Augen. Erfahren hatten sie von dem Anschlag unmittelbar nach ihrem Besuch in Yad Vashem, der Staatlichen Holocaust-Gedenkstätte. Beim Besuch der Gedenkstätte und des Denkmals für die ermordeten Kinder legte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider gemeinsam mit ihren Stellvertretern Renate Holznagel und Hans Kreher in der Gedenkhalle für die Opfer des Holocaust einen Kranz nieder und trug sich stellvertretend für die Delegation in das Gedenkbuch ein. Auch das Treffen mit der Holocaust-

Überlebenden Batsheva Dagan, welche als Zeitzeugin seit 2002 Veranstaltungen des Landtages begleitet, bestärkte alle mitgereisten Abgeordneten in ihrer Überzeugung, alles zu tun, dass sich solche Verbrechen nie wiederholen.

Neben geschichtlichen Aspekten und dem daraus erwachsenen besonderen Verhältnis zwischen Israelis und Deutschen befassten sich die Abgeordneten auch mit aktuellen politischen Fragen. Ging es beim Besuch der Hebräischen Universität in Jerusalem um Bildungspolitik, standen bei zwei Betriebsbesichtigungen Energie- und Umweltfragen im Vordergrund.

Wichtig war den Parlamentariern aus Mecklenburg-Vorpommern, beim Besuch in Israel auch mit Vertretern des arabischen Bevölkerungsteils zu sprechen. So ließen sie sich in Jerusalem von Mitarbeitern einer Nichtregierungsorganisation deren Sicht auf die israelische Siedlungspolitik sowie die Stadtentwicklung in den palästinensischen Autonomiegebieten erläutern. Auch der Bürgermeister der Stadt Nazareth, der Partnerstadt Neubrandenburgs, kritisierte die aus seiner Sicht eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten seiner Heimatstadt und auch den Umgang mit den arabischen Einwohnern Israels, verwies jedoch zugleich auf wirtschaftliche Potenziale, insbesondere im Tourismus.

Seit der ersten Wahlperiode pflegt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die Beziehungen zu Israel. 1992 konstituierte sich erstmals die Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe des Landesparlaments. Ziel ist es, bestehende Verbindungen zu vertiefen, Kenntnisse über Geschichte und Kultur des israelischen Volkes zu verbreiten und auch auf diese Weise ein gutes Miteinander von Juden und Nichtjuden zu fördern. In dieser Tradition steht die diesjährige Ältestenrats-Reise.

#### Die Delegation des Landtages

**Sylvia Bretschneider**, Präsidentin des Landtages, **Renate Holznagel**, 1. Vizepräsidentin des Landtages, **Hans Kreher**, 3. Vizepräsident des Landtages, **Wolf-Dieter Ringguth**, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion, **Regine Lück**, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, **Gino Leonhard**, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, **Detlef Müller**, SPD-Fraktion, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, **Dr. Gottfried Timm**, SPD-Fraktion, Vorsitzender des Innenausschusses, **Dr. Armin Jäger**, CDU-Fraktion, **Dr. Klaus-Michael Körner**, SPD-Fraktion, **Armin Tebben**, Direktor des Landtages



Kranzniederlegung in Yad Vashem in der Gedenkhalle für die Opfer des Holocaust



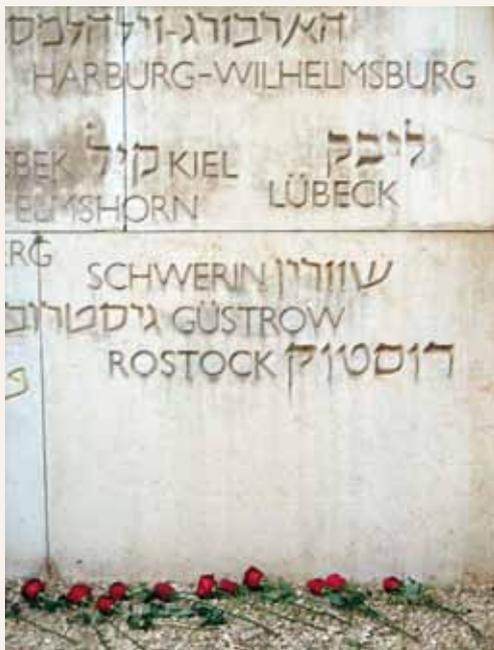
Wolf-Dieter Ringuth, Hans Kreher und Renate Holznagel tragen sich in das Gästebuch der Weißen Moschee in Nazareth ein.



Gespräch mit dem Knesset-Abgeordneten Yaakov Edri von der Kadima-Fraktion



Auf den Golan-Höhen erläuterten österreichische Offiziere des UNDOF-Kontingentes der Vereinten Nationen den Abgeordneten die politische wie militärische Situation im Grenzgebiet zwischen Israel, Syrien, dem Libanon und Jordanien.



Im Tal der Gemeinden gedachten die Mitglieder der Delegation der in Städten des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern ausgelöschten jüdischen Gemeinden.

**Weitere Informationen:**

[www.knesset.gov.il](http://www.knesset.gov.il) | [www.yadvashem.org.il](http://www.yadvashem.org.il) | [www.betterplace.com](http://www.betterplace.com)

## Petermännchen zu gewinnen

### Landtagspräsidentin lädt zum Malwettbewerb ein

■ Noch steht der hölzerne Geselle vor dem Schweriner Schloss und ist wohl mittlerweile als beliebtes Fotomotiv auf unzählige Erinnerungsfotos gebannt. Das ist bald Geschichte, denn Petermännchen soll umziehen. Wohin, steht noch nicht fest. Allerdings wird sein neues Zuhause eine Schweriner Kita sein.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und die Petermännchenkulturfördergesellschaft rufen alle Kindergartenkinder aus Schwerin zum Malwettbewerb „Das Petermännchen und sein Schloss“ auf. Bis zum 30. April können Kindertagesstätten mit einem Bild im Format DIN-A2 daran teilnehmen. Wie viele Kinder an der Gestaltung des Bildes mitwirken, bleibt den Kitas überlassen. Die erstplatzierte Kita gewinnt die hölzerne Petermännchenfigur. Aber auch die Zweit- und Drittplatzierten können sich auf einen Preis freuen. Zusätzlich wartet auf die Gewinner der drei



Foto: Rainer Cordes

Wer malt das schönste Bild? Zu gewinnen ist das Petermännchen links auf dem Foto.

Hauptpreise neben der Einladung zur Preisverleihung eine Exklusivführung durch das Schweriner Märchenschloss.

Einsendungen sind zu schicken an:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Referat Bau- und Querschnittsaufgaben, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin.



Fotos: Claudia Richter

Die Klassen 4a und 4b der Neumühler Schule Schwerin nach ihrem erfolgreichen Parlamentsspiel im Plenarsaal des Landtages.

## Spielend lernen

### Grundschüler aus Neumühle schlüpfen in die Rolle der Abgeordneten

■ Das hat Spaß gemacht! Da waren sich alle Schülerinnen und Schüler der vierten Klassen der Neumühler Schule Schwerin einig, als sie sich nach ihrer Schlussdebatte im Plenarsaal des Landtages zum Erinnerungsfoto gruppierten.

Für ihr Parlamentsspiel hatte sich die Viertklässler das Thema Atomenergie gewählt. In der Fraktionsarbeit und der abschließenden Plenardebatte bewiesen die Mädchen und Jungen, dass sie sich nicht nur für aktuelle politische Fragen interessieren, sondern auch schon sehr gut Bescheid wissen. Gut

Bescheid wissen die Zehn- bis Elfjährigen jetzt auch über den Landtag und die Arbeit der Politiker. Sie haben gelernt, dass es für jedes Problem unterschiedliche Lösungsideen gibt, dass man gute Argumente braucht, um für den eigenen Vorschlag eine Mehrheit zu bekommen – und dass man auch gut und überzeugend reden können muss. Dass sie auch hierin fit sind, bewiesen die sechs Schülerinnen und Schüler, die von ihren „Fraktionskollegen“ als Redner für die Debatte bestimmt wurden. Zu Recht ernteten sie für ihre tolle Leistung viel Applaus. Für die Schweriner Schüler ist jetzt schon klar: In einigen Jahren kommen sie wieder ins Parlament, um dann auf der Besuchertribüne im Plenarsaal eine Landtagsdebatte live mitzuerleben. Das zweitägige Parlamentsspiel führte der Landtag in Kooperation mit der Mobilen Kinderakademie „integrativ“ aus Rostock durch.

# Vom Geist der Zeit, der durchs Gemäuer weht

**Schlossgeschichten aus den LandtagsNachrichten  
als Buch erschienen**

■ Es soll ja Leute geben, die mit der Zeitungslektüre hinten beginnen. Wer das bei den LandtagsNachrichten so hält, ist mit Sicherheit neugierig und zudem ein Fan des Schweriner Schlosses! Denn unter der Rubrik „Schlossgeschichten“ gibt es seit Jahren immer wieder Interessantes zum Märchenschloss auf der Insel im Schweriner See zu erfahren: Von Herzögen mit Sinn für Architektur und Gartenkunst. Von Alexandrine, der schönen Preußen-Prinzessin. Von den geheimnisvollen Untermietern in Grotte und Kellern. Vom Einzug des Parlaments ins Inselschloss. Und vom Geist der Zeit, der in den Jahrhunderten durch das Gemäuer wehte. Geschichten, die Menschen erzählt haben, die sich mit Leidenschaft dem Schloss widmen. Heutige und ehemalige Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, des Schlossvereins, des Museums oder von anderen Institutionen wie Berna Bartel, Udo Binner, Erika und Jürgen Borchardt, Norbert Buske, Udo Funk, Susanne Klett, Margot Krempien und Mathias Schott. Vor allem aber die Schweriner Historikerin May Hempel. Sie stand den LandtagsNachrichten bei der Recherche für die Schlossgeschichten immer mit ihrem Wissen zur Seite.

Viele Geschichten sind da im Laufe der Jahre zusammengekommen. Genug, um daraus ein Büchlein zu machen! Corinna Pfaff, die die Schlossgeschichten für die LandtagsNachrichten schreibt, hat die interessantesten ausgewählt und aufgefrischt, Roland Regge-Schulz hat mit leichter Hand wunderschöne, phantasievolle Illustrationen gezeichnet – und der Farbfigur Verlag Schwerin hat die Produktion in die Hand genommen. Entstanden ist ein Buch voller Geschichten – kein Geschichtsbuch wohlgernekt. Unterhaltende Lektüre, die man getrost auch von hinten beginnen kann.

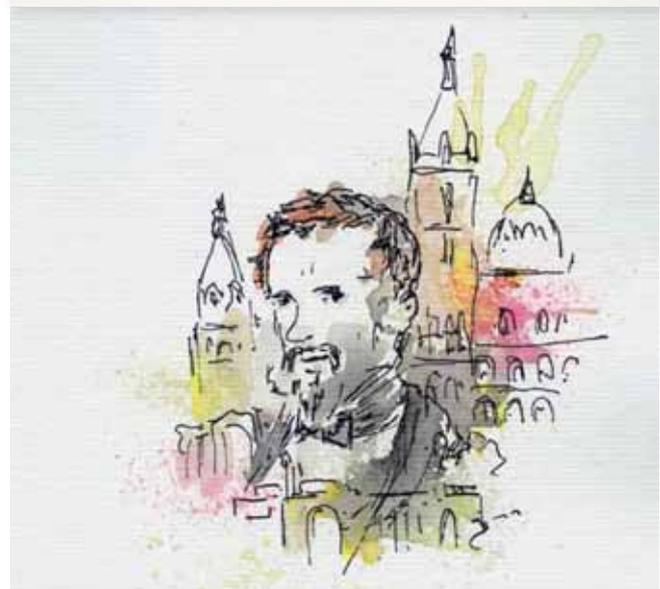


**Corinna Pfaff:**  
**Schlossgeschichten**  
Ein literarischer Spaziergang  
durch Räume und Historie

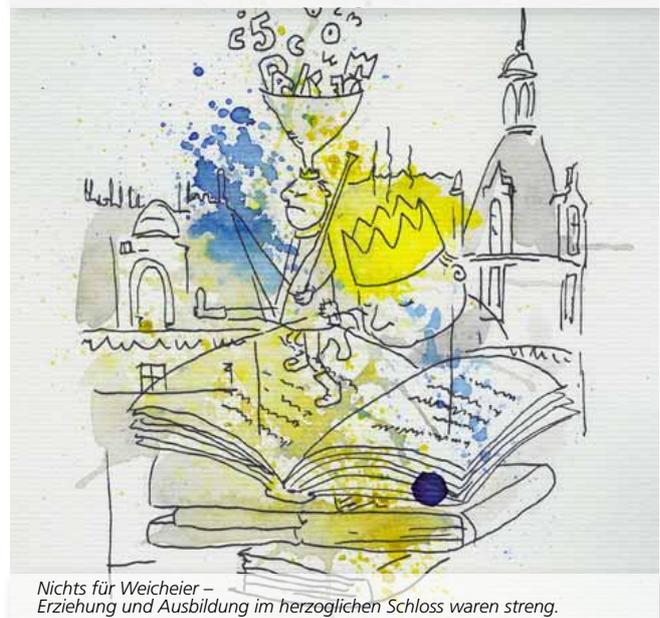
Farbfigur-Verlag  
1. Auflage 2011  
8,50 Euro  
ISBN 978-3-9810236-5-7  
Mail: [post@farbfigur.de](mailto:post@farbfigur.de)



*Alexandrine – eine preussische Prinzessin in Mecklenburg*



*Kein Mann des Hofes – der große Baumeister Demmler*



*Nichts für Weicheier –  
Erziehung und Ausbildung im herzoglichen Schloss waren streng.*

Illustrationen: Roland Regge-Schulz

(Adressfeld für Abonnenten)

40 Schülerinnen und Schüler aus Gratiot County im US-Bundesstaat Michigan besuchten am 27. März den Landtag. Sie informierten sich hier über die Arbeit eines deutschen Landesparlamentes und lernten bei einem Rundgang sowohl die historischen Räume als auch die Landtagsbereiche des Schweriner Schlosses kennen. Die jungen Amerikaner weilten zu einem knapp zweiwöchigen Besuch im Partnerlandkreis Ludwigslust.

Zwischen den Landkreisen Ludwigslust und Gratiot besteht seit elf Jahren ein regelmäßiger Schüleraustausch. Daran haben seither mehr als 1.600 Schülerinnen und Schüler beider Seiten teilgenommen. Jugendliche aus dem Landkreis Ludwigslust waren zuletzt im Oktober vergangenen Jahres zu Gast in Gratiot County.



Foto: Britta Walendowski

Am 14. März besuchte eine Delegation der Hochschule Baltic College Schwerin und deren Partnerhochschule Suceava (Rumänien) den Landtag und wurde hier von Vizepräsidentin Renate Holzengel (li.) empfangen. Das Baltic College wurde 2001 als erste private Hochschule des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Derzeit studieren hier circa 360 junge Menschen in den Bereichen Management, Gesundheit und Tourismus. Die rumänischen Gäste interessierte insbesondere die Tourismusentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, der Gesundheits- und Aktivtourismus, die Nationalparkentwicklung und das UNESCO-Welterbe.



Foto: Rainer Cordes



Foto: Karen Effland

Kein Aprilscherz! 14 Königinnen des Landes Mecklenburg-Vorpommern besuchten am 1. April auf Einladung von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider das Schweriner Schloss. Von der Blaubeerkönigin über die Bierkönigin bis zur Rhododendronkönigin – alle „Hoheiten“ repräsentieren Produkte, Regionen und Handwerk des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Initiiert wurde die Stippvisite im Schloss von der Arbeitsgemeinschaft „Deutsche Königinnen“, die zugleich ihr Programm für das Jahr 2011 vorstellte. Sylvia Bretschneider dankte den jungen Frauen, die – ebenso wie die Abgeordneten des Landtages – auf Zeit in ihr Amt gewählt werden, für ihr ehrenamtliches Engagement und ermutigte sie, sich auf künftig für das Gemeinwohl einzusetzen.